

ES

reicht! Faschos runter von der
Matte. **26**

IST

der Weg der Mitte 1 guter für den
Klimawandel? **13**

WIEDER

StEOP-Prüfung.
Warum eigentlich? **6**

DONNERSTAG

Müll vermeiden. Aber nicht
nur auf Instagram. **14**

BULLSHIT BINGO

Kreuze an, welchen (sexistischen) Bullshit du schon auf der
Straße, in der Vorlesung oder in der Familie gehört hast.
Mehr zum Thema auf Seite 28.

„Das war ja nur ein Kompliment.“	„Ist das nicht umgekehrter Sexismus?“	„Frauen verhandeln schlechter.“	„Frauen sind weniger konfliktfähig.“	„Immer diese Opferrolle!“
„Ich kann nicht anders, du sitzt so aufreizend da.“	„Frauen können nicht logisch denken.“	„Haben wir keine wichtigeren Probleme?“	„Die gehört einmal ordentlich gefickt!“	„Ich weiß gar nicht, was ich noch sagen darf!“
„Du bist süß, wenn du dich aufregst!“	„Die ist ja nur mediengeil.“		„Glaubst du, du kannst das?“	„Feminismus zerstört die Familie.“
„Im Grunde suchen Frauen einen Versorger.“	„XY, eine Frau, sieht das genau wie ich.“	„Kinder brauchen nun einmal ihre Mütter.“	„Frauen und Technik ...“	„Das soll jetzt nicht sexistisch rüberkommen, aber ...“
„Ist meine Meinung.“	„Sei nicht so prude ...“	„Männerhass!!!“	„Menstruierst du gerade?“	„Nicht alle Männer ...“

DEIN STUDIUM DEIN LEBEN.

Bei dem **MASTER AND MORE Studienwahlevent** entdeckst du, wie du das Beste aus deinem Masterstudium herausholst.

Nationale + internationale AusstellerInnen | Studienberatung
Vorträge von Top-Speakern | Persönliche Gespräche



GESTALTE DEINE ZUKUNFT!

Freikarten-Code: #0EH

www.mastermessen.at

MASTER MESSE

GRAZ DI. 29.01.

11-16 Uhr

Alte Universität Graz
Hofgasse 14
8010 Graz



Eine Ausgabe DATUM

jetzt gratis testen

Bestellen Sie unter datum.at/abo
oder **01/361 70 70-588**



DATUM – das Monatsmagazin für
Politik und Gesellschaft steht für:

- » Unabhängigen Qualitätsjournalismus
- » gehaltvolle Lektüre
- » Spannende Erzählungen und Reportagen
- » Recherche in inhaltlicher Tiefe und thematischer Breite
- » ausführliche Interviews
- » Aktualität jenseits des Tagesgeschehens

DATUM

Magazin für Politik & Gesellschaft

04 HERZLICH WILLKOMMEN!

Das ÖH-Vorsitzteam stellt sich und die Struktur deiner Studierendenvertretung vor

Bildung

06 ST(E)OP

Am Anfang eines fast jeden Studiums steht eine Studieneingangs- und Orientierungsphase. Doch bietet sie wirklich Orientierung oder ist sie eher eine Zugangsbeschränkung?

08 MUSS ERASMUS?

Ein Auslandssemester machen mittlerweile eh alle. Im Studium hilft's vielleicht weiter – oder auch nicht.

10 WAS VON SCHWARZ-BLAU I BLEIBT

Studiengebühren und weniger Demokratie: zwei Grundpfeiler der Hochschulpolitik der ersten schwarz-blauen Regierung.

11 DAS SCHWARZ-BLAUE BILDUNGSSIEB

Die Pläne der Bundesregierung: wieder Studiengebühren und weniger Demokratie? Eine Analyse.

Dossier

13 WESHALB DER WEG DER MITTE EINE SACKGASSE IST

Ein Kommentar zur Klimapolitik der Bundesregierung.

14 WIE NACHHALTIG LÜGEN WIR UNS IN DIE TASCHE?

Helfen Instagram-Influencer_innen wirklich dabei Zero-Waste zu etablieren? Wo bleibt die Politik?

16 TREIBHAUSGASE IM WESTEN, KLIMA-FLUCHT IM OSTEN

Johannes Wahlmüller von Global2000 spricht im Interview über die Zusammenhänge von Klima und Migration.

18 VON KLIMATISCHER WÄRME UND SOZIALER KÄLTE

Der Klimawandel betrifft alle. Die Unterschiede, wer wie stark betroffen ist, sind groß – das hat dramatische Auswirkungen.

20 (KLIMA)WANDEL AN DER UNIVERSITÄT

Die Universität steht in einem klimapolitischen Spannungsfeld – einerseits geht es um Lehre und Forschung, andererseits ist die Uni nicht nur Institution, sondern auch Verbraucherin von Ressourcen.

Feuilleton

23 REZENSIONEN

Wie eine österreichische Pistole die USA erobert, was Marx in Paris wollte und warum Freiheit keine Metapher ist. Das, sowie unter dem Kapitalismus leidende Millenials und auch was für die Ohren,

Wissenschaft und Politik

gibt's in unserem Feuilleton.

26 RUNTER VON DER MATTE!

Seit einigen Jahren boomen in Europa rechtsextreme Kampfsportevents. Da braucht's Analysen und vor allem Gegenstrategien.

28 NO MORE BULLSHIT!

Sorority stellen ihr Buch zum Killen sexistischer Killerphrasen vor.

30 AUF (DA) WIESN

In ganz Österreich poppen Cannabis-Geschäfte auf. Was ist da eigentlich jetzt legal geworden?

BILDUNG: Henna Räsänen

DOSSIER: Tímea Terenyey

FEUILLETON: Katinka Irrlicht

WISSENSCHAFT UND POLITIK: Bianca Freismuth

Impressum

Ausgabe: 03/2018

Auflage: 60.000

Erscheinungsmonat: Dezember

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft,
Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/abo (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at

Redaktion: Daniel Colin-Hernandez, Davor Frkat,
Paul Pumsenberger und Karin Stanger

Autor_innen dieser Ausgabe: Zeinab Abdel-Keream,
Erza Aruqaj, Johannes Greß, Nikolaus Hirschl, Colin Kaggel,
Katja Krüger, Christina Jaritsch, Florian Ladenstein,
Marie Luise Lehner, Katja List, Clara Porak, Nikolai Schreiter,
Philipp Schrod, Miriam Suter, Konstantin Vlasich, Elena Zeh

Cover: Sorority

Lektorat: Noah Mayr

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Editorial

Liebe Leser_innen!

Hallo im neuen Semester und ein herzliches Willkommen an alle, die neu auf den Unis, FHs oder sonstigen Hochschulen sind! Hoffentlich seid ihr mittlerweile etwas im Alltag angekommen und ECTS, VO, TU und vor allem ÖH sind für euch nicht mehr irgendwelche kryptischen Abkürzungen, deren Bedeutung ihr nur erraten könnt. Diese Ausgabe richtet sich mitunter speziell an euch: Im Bildungsteil findet ihr Artikel, die euch den Einstieg ins Uni-Leben noch ein bisschen leichter machen sollen und auf Seite 30, ob das Kiffen auf Partys schon legal ist. Denn leicht will es die Bundesregierung uns Studierenden ja nicht gerade machen: neue Gebühren, Zugangsbeschränkungen und andere Hürden kommen auf uns zu, all das haben unsere Autor_innen für euch zusammengefasst. Was Erasmus ist und was das mit dieser STEOP eigentlich soll, erfährt ihr auch von uns. Das alles auf den Seiten 5 – 11.

Im Dossier – ab Seite 12 – haben wir uns dieses Mal den Schwerpunkt Klimawandel und seine sozialen Folgen gewidmet, zu dem wir auch viele tolle Artikel von Studierenden bekommen haben. Vielleicht seid ihr ja selbst schon mal beim Herumscrollen darauf gestoßen: auf Instagram schreiben sich viele Influencer_innen ein ökologisches Gewissen zu – wie nachhaltig das wirklich ist, könnt ihr auf Seite 14 nachlesen.

Auf Seite 16 findet ihr ein Interview mit Global2000 zu den globalen Auswirkungen der Erderwärmung. Eine spannende Frage ist natürlich auch, wie sich der Klimawandel gesundheitlich auswirkt und wer davon am stärksten betroffen sein wird. Alles dazu findet ihr auf Seite 18. Wichtig war uns aber auch ein Fokus auf Hochschulen. Auf Seite 20 gibt es einen Bericht über die Universität als umweltpolitische Playerin nachzulesen.

Ansonsten findest du in diesem Heft verschiedene Artikel zu Millenials, Schusswaffen aus Österreich, Feminismus und Drogen – das übliche also.

Viel Freude beim Lesen!

Eure progress – Redaktion

PS: Wenn du selber Lust hast zu schreiben, zu zeichnen oder zu fotografieren – schreib uns an progress@oeh.ac.at



Foto: Abd El Hamid Lashin

Herzlich Willkommen liebe Erstsemestrige und Hallo an alle Mitstudierenden!

Du hast es geschafft und bist inskribiert, herzlichen Glückwunsch! Mit deiner Inskription bist du automatisch Mitglied der Österreichischen Hochschüler_innenschaft. Die gute Nachricht ist: Die ersten Hürden liegen schon hinter dir!

Die schlechte: Aufgaben und Probleme gibt es auch immer wieder während des Studiums. Hier kommen wir ins Spiel: Vielleicht hast du schon von der Österreichischen Hochschüler_innenschaft gehört – von deiner Hochschulvertretung oder deiner Studienvertretung. Wenn nicht - keine Angst! Hier ein kurzer Überblick, was tausende ehrenamtliche Studierendenvertreter_innen in ganz Österreich täglich machen und wo und auf welche Weise sie sich für dich einsetzen.

1. Deine Studienvertretung besteht aus 3-5 direkt gewählten Personen, die das selbe studieren wie du und sich für Verbesserungen in deiner Studienrichtung einsetzen. Sie sind deine erste Anlaufstelle, wenn du Beratung oder Hilfe rund um dein Studium brauchst und sie setzen sich an deinem Institut oder Zentrum für bessere Studienbedingungen für dich ein. Sie sind in den Curricular Kommissionen vertreten und können so direkt über Änderungen in deinem Curriculum mitentscheiden oder sind oft auch einfach nur da, wenn du mit Kolleg_innen einen Kaffee trinken und dich austauschen möchtest.

2. Deine Hochschulvertretung vertritt alle Studierenden an deiner Hochschule, beispielsweise vertritt die ÖH-Uni-Wien alle Studierenden der Uni-Wien oder die ÖH-FH-Kufstein alle Studierenden der FH Kufstein, ganz egal, was sie studieren. Die Hochschulvertretungen bestehen aus vielen Ehrenamtlichen, die dich gegenüber der Hochschule, wie dem Rektorat oder der Geschäftsführung vertreten. Das höchste Gremium

der Hochschulvertretung ist die Hochschulvertretungssitzung, bei der es je nach Studierendenzahl bis zu 27 Mandate gibt, die nach dem Wahlergebnis der Listenwahl entsendet werden.

3. Die ÖH-Bundesvertretung sind wir. Wir bestehen aus einem Team von über 100 Personen und vertreten deine Interessen bundesweit. Geleitet wird die ÖH-Bundesvertretung vom Vorsitzteam bestehend aus **Hannah, Marita und Johanna**. Wir verhandeln mit Ministerien, setzen uns für bessere Gesetze im Hochschulfeld ein, beraten dich in Spezialfällen und bieten abseits davon viel Service rund ums Studium. Einige kennen uns bereits von Programmen wie „Studieren probieren“, mit dem wir Studieninteressierten einen Einblick in den Studienalltag geben. Über den ÖH-Beitrag bist du außerdem im Rahmen deines Studiums unfall- und haftpflichtversichert.

In vielen Bereichen haben wir Erfolge erzielen können, wie beispielsweise bei der **Studienbeihilfe**: Dank des Einsatzes der ÖH-Bundesvertretung wurde die Studienbeihilfe vor kurzem stark erhöht. Anspruchsberechtigt sind mehr Studierende als früher und sie erhalten auch höhere Beihilfen als bisher. Wenn du also noch keinen Antrag gestellt hast, tu das am besten noch heute! Informationen darüber, wie das geht, findest du unter: www.oeh.ac.at/studienbeihilfe

Wir beraten dich auch in vielen Spezialfragen, wenn diese über die Studien- oder Hochschulvertretung hinaus gehen. In unseren Referaten sitzen viele Spezialist_innen was z.B. das Hochschulrecht, Barrierefreiheit oder auch Soziales angeht. Auf unserer Website www.oeh.ac.at, in der Rubrik „Geschafft! Erfolge aus der Beratung“, zeigen wir, was für Streitigkeiten oder Ver-

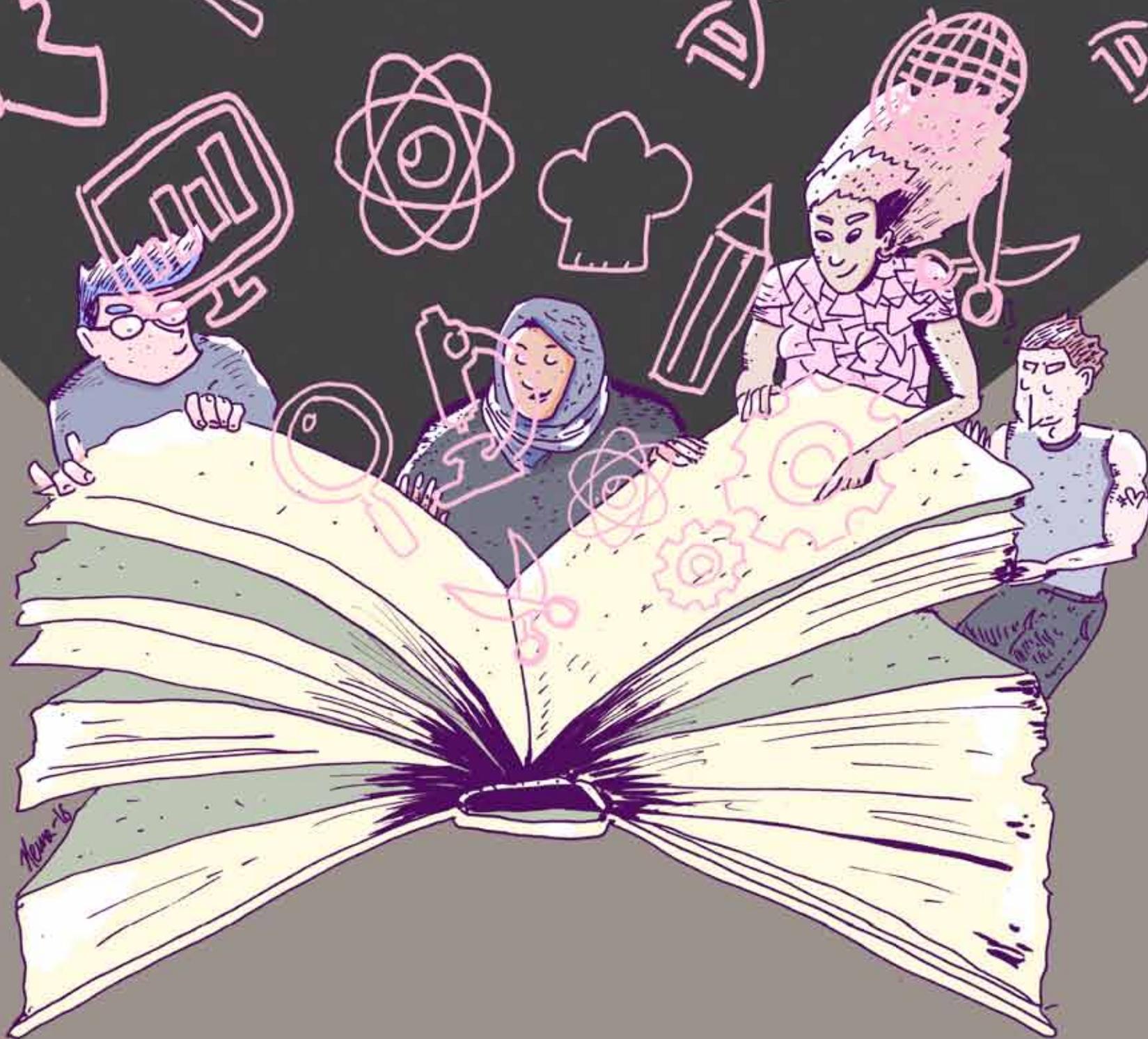
fahren wir bereits für Studierende gewinnen konnten und welche Verbesserungen für sie erreicht wurden.

ÖH-WAHL 2019: Bald werden die drei Ebenen der Vertretung für dich wieder gewählt, die ÖH-Wahl findet alle zwei Jahre und so auch wieder 2019 statt. Auch du kannst für diese drei Ebenen kandidieren. Wie das genau funktioniert, erfährst du über unsere Wahlkampagne. Kommendes Jahr werden sich die ÖH-Wahlen noch spannender gestalten als sonst. Der Termin wird auf Vorschlag der ÖH durch das BMBWF festgesetzt und dieses Jahr wird zum ersten Mal, ohne sachliche Gründe dafür zu nennen, dem vorgeschlagenen Termin der ÖH nicht stattgegeben. Aufgrund von Uneinigkeiten in der aktuellen Bundesregierung wird nun eine Gesetzesänderung vollzogen, die es erlaubt, 2019 von 27.-29. Mai wählen zu können. Da der neue Termin genau einen Tag nach der Wahl zum europäischen Parlament stattfindet, müssen wir mehr denn je dafür sorgen, dass möglichst viele Studierende zur Wahl gehen und die ÖH mit der demokratischen Legitimation ausstatten, die sie auch benötigt!

Weitere studienrelevante Informationen bekommst du natürlich auch bei uns: über diese Ausgabe des Progress beispielsweise, über unseren regelmäßigen Newsletter, unsere Social-Media-Kanäle (z.B. [facebook.com/bundesoeht](https://www.facebook.com/bundesoeht)), das „Schwarze Brett“ der ÖH bei dem du Jobs, Wohnungen und co finden kannst und über unsere Website www.oeh.ac.at. Wenn du also Fragen hast, melde dich bei uns – über E-Mail, telefonisch oder persönlich.

Jetzt aber erst Mal: Herzlich willkommen im Studierendenleben, herzlich willkommen an der Hochschule. Herzlich willkommen in der ÖH! <3

BILDUNG



ST(E)OP

Die Zugangsbeschränkung, die keine ist.

**Die Forderungen nach einer „echten Orientierungsphase“
bestehen schon lange, doch was ist diese StEOP und wie wäre sie
zu gestalten, um ihrem Namen gerecht zu werden?**

WAS WAR UND IST DIE STUDIENEINGANGS- UND ORIENTIERUNGSPHASE? Schon vor dem neuen Universitätsgesetz (UG), das 2002 verabschiedet wurde, war eine Studieneingangsphase vorgesehen. Sowohl die gesetzliche Regelung bis als auch jene ab 2002 waren sehr vage formuliert und ließen Hochschulen viel Spielraum was die Ausgestaltung dieser Eingangsphase betraf. Im beschlossenen UG war die Rede von Lehrveranstaltungen aus den „einführenden und das Studium besonders kennzeichnenden Fächern“. Zudem sollten Studierende über ihre studentische Vertretung informiert und im Rahmen von Tutorien bei der Bewältigung von „leistungsmäßigen, organisatorischen und sozialen Anforderungen“ unterstützt werden. Nicht festgelegt war bis zu diesem Zeitpunkt, in welchem Umfang die Eingangsphase einzurichten sei.

Im Jahr 2009 wurde im Rahmen einer Novelle des Universitätsgesetzes die ab hier als Studieneingangs- und Orientierungsphase (kurz StEOP) bezeichnete Eingangsphase eingerichtet. Hervorzuheben ist, dass diese im Gesetzestext für Studien vorgesehen war „zu deren Zulassung keine besonderen gesetzlichen Regelungen bestehen“, also für jene, für die es keine Aufnahmeverfahren gab. Zugleich wurde im Gesetz formal festgehalten, die StEOP diene der „Orientierung über die wesentlichen Studieninhalte und nicht als quantitative Zugangsbeschränkung“.

2011 kam es zu einer Verschärfung der Modalitäten für Studierende und der Voraussetzung der StEOP für die Fortsetzung des Studiums, weshalb die „Einführung der StEOP“ in der öffentlichen Debatte auch immer wieder mit diesem Jahr datiert wird. Seit dem Wintersemester 2011 ist die StEOP auf ein Semester begrenzt. Zudem wurde festgelegt, dass die StEOP mindestens zwei Prüfungen zu umfassen habe, auch die Prüfungsantritte wurden reduziert, im Jahr 2013 jedoch wieder (auf insgesamt drei

Antritte) angehoben. Immer noch nicht geregelt war der maximale Umfang der StEOP, was dazu führte, dass sich sowohl die Eingangsphasen unterschiedlicher Universitäten als auch jene verschiedener Studiengänge innerhalb einer Universität immens unterschieden.

Der gesetzlich verpflichtende Evaluierungsbericht, der vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegeben, vom Institut für Höhere Forschung durchgeführt und im Jahr 2015 präsentiert wurde, ergab, dass die StEOP an österreichischen Universitäten im Wintersemester zwischen einem und 30 ECTS-Punkten ausmachte. Zudem klaffte der Aufwand, der von den einzelnen Universitäten aufgebracht wurde, um die StEOP zu implementieren, eklatant auseinander. Eine Vielzahl an Universitäten richteten weder Einstiegstutorien ein, noch wurde etwas an der Struktur oder dem Aufbau des Studiums geändert. Das ging so weit, dass „vormals bestehende Lehrveranstaltungen unter dem Etikett StEOP zusammengefasst wurden“, so das Ergebnis der Evaluierung.

Noch im Jahr 2015 wurde beschlossen, den Umfang der StEOP zu begrenzen. Seither ist eine Studieneingangs- und Orientierungsphase im Ausmaß von 8 bis 20 ECTS vorgesehen. Umzusetzen ist die StEOP seitdem in allen Studien, nur in einigen zugangsbeschränkten Studien können die Universitäten davon Abstand nehmen.

WARUM NENNEN WIR DIE STEOP NICHT ZUGANGSBESCHRÄNKUNG, WENN SIE EINE IST? Bereits nach der Verschärfung und damit als öffentlich wahrgenommenen Einführung der StEOP (2011) gab der damalige Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) im Jahr 2012 in einem Interview offen zu, die Einführung der StEOP wäre die Möglichkeit gewesen, „ehrlichen Zugangsbeschränken zu entgehen“. Die StEOP wäre natürlich

ein „Filter“, sie solle „schließlich eine Orientierung sein“, so Töchterle damals. Spinnt man diesen Gedankengang weiter, kommt man unausweichlich zur Erkenntnis, dass die geltende Regelung mit der Intention eingeführt wurde, Studien zu beschränken, ohne dies jedoch offen zugeben zu wollen.

Auch die Leitungen der Universitäten versuchen, die StEOP in ein studierendenfreundliches Licht zu rücken. „Es geht überhaupt nicht um ein Rausprüfen“, so Christa Schnabl, Vizerektorin der Universität Wien, nach der Einführung der StEOP im Jahr 2011. Viel eher solle die Studienentscheidung „im Rahmen der StEOP überprüft werden“.

Zudem ist, wie bereits angeführt, auch gesetzlich festgelegt, dass die StEOP nicht als „quantitative Zugangsbeschränkung“ (§66 Abs. 5 UG) missbraucht werden darf. Die Tatsache, dass in den Studien Humanmedizin, Zahnmedizin, Psychologie und Veterinärmedizin (alle Studien haben ein Aufnahmeverfahren) Abstand davon genommen werden kann, eine StEOP durchzuführen, führt diesen Ansatz jedoch bereits ad absurdum. Der Zusammenhang zwischen StEOP und (nicht) zugangsbeschränkten Fächern ist offensichtlich. Wer behauptet, die StEOP hätte nicht den Charakter einer in das Studium eingebetteten Zugangsbeschränkung, übersieht die realen Auswirkungen der StEOP auf Studierende.

WIE KOMMEN STUDIERENDE MIT DER STEOP ZURECHT? Für Studierende ist die StEOP laut Studierenden-Sozialerhebung 2015 vor allem eines: verzögernd. Durch den Druck, die StEOP bestehen zu müssen, lassen sich Prüfungsangst und enormer Leistungsdruck ableiten. Wer die vorgesehenen Prüfungen, Übungen und Tutorien, die die StEOP vorsieht, nicht schafft, dem_der wird die Möglichkeit genommen, weiter zu studieren. Die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit, drei Semester



Illustration: Hanna Räsänen

später erneut für dieses Studium zu inskribieren, ist zwar eine Verbesserung zu der eine gewisse Zeit lang gültigen „lebenslangen Sperre“, bleibt allerdings nur ein schwacher Trost für Studierende, die sich in eben dieser Situation befinden. Immerhin sind an den Studienerfolg verschiedene Sozialleistungen wie beispielsweise die Familienbeihilfe geknüpft. Studienwechsel tragen jedoch dazu bei, eben diese zu verlieren. Wer nach negativem Abschluss der StEOP einstweilen ein anderes (oft fachnahes) Studium beginnt, um danach einen weiteren Anlauf zu nehmen, das eigentliche Wunschstudium zu studieren, verliert in den meisten Fällen den Anspruch auf Familienbeihilfe.

Nur wenige Studierende äußerten sich in Befragungen positiv über die Studieneingangs- und Orientierungsphase. Die Kritik, die StEOP würde „aussortieren“ kommt nicht von ungefähr. In vielen Studiengängen gibt es weder Wahlmöglichkeiten, aus welchen Lehrveranstaltungen die StEOP zusammengesetzt werden kann, noch die Möglichkeit, vor Abschluss der StEOP andere Lehrveranstaltungen zu besuchen. Stattdessen dient sie ausschließlich dazu, herauszufinden, wer in der Lage ist, die StEOP zu schaffen, ohne dadurch ein bis mehrere Semester zu „verlieren“.

„Nachdem ich die erste von drei StEOP Prüfungen absolviert hatte, konnte ich nicht einmal Vorlesungsprüfungen ohne fachlichen Zusammenhang absolvieren, bis ich meine StEOP zur Gänze fertig gemacht hatte. So lange es nicht die Möglichkeit gibt, Lehrveranstaltungen wie beispielsweise ‚Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens‘ vorzuzuziehen, kann man auch nicht erwarten, dass wir unser Studium in Mindeststudienzeit abschließen“, so Hannah, Lehramtsstudentin an der Universität Wien. Dabei sieht das Gesetz die Möglichkeit vor, im Curriculum festzulegen, welche Lehrveranstaltungen

(bis zu einem Ausmaß von 22 ECTS-Punkten) absolviert werden dürfen, obwohl die StEOP noch nicht (vollständig) abgeschlossen ist. Auch gegen Wahlmöglichkeiten, welche Lehrveranstaltungen im Rahmen der StEOP absolviert werden müssen, spricht grundsätzlich nichts. Studierende an der Technischen Universität Wien beispielsweise können je nach Studienplan aus einem Pool an Lehrveranstaltungen wählen.

„Auch wenn die StEOP sehr schwer gestaltet ist, ist sie keine echte Hürde, da wir parallel dazu auch andere Fächer abschließen können und sie uns nicht wirklich einschränkt. Einen wirklichen Orientierungscharakter hat sie aber nicht, die meisten beachten die StEOP gar nicht und sehen sie nur als eine Bezeichnung ohne wirklichen Hintergrund“, meint Antonia, Studentin an der TU Wien. Mit dieser Gestaltung der StEOP bleibt die Technische Universität Wien jedoch weitgehend allein. Sowohl flächendeckende Wahlmöglichkeiten als auch die Lockerung der „Vorraussetzungskette StEOP“ tragen jedoch nur dazu bei, kleine direkte Nachteile, unter denen Studierende derzeit leiden, zu minimieren. Orientierungscharakter bekommt die StEOP dadurch noch nicht.

WIE WÜRD EINE ECHE STUDIENEINGANGS- UND ORIENTIERUNGSPHASE AUSSEHEN? Seit Jahren fordern die Österreichische Hochschüler_innenschaft und lokale Studierendenvertretungen eine Reform bzw. die Abschaffung der Studieneingangs- und Orientierungsphase. Die größten Kritikpunkte bleiben sehr stark daran orientiert, wie Studierende unter der derzeitigen Form der StEOP leiden. Denn auch wenn das Gesetz, das die StEOP regelt, zum Großteil zu kritisieren ist, wurden nicht einmal die (zumindest potentiell) positiven „Orientierungsgedanken“ umgesetzt. Um Studierenden eine „echte“ Orientierungsphase anzubieten, dürfte sie nicht mehr ausschließlich

dazu dienen, die bereits getroffene Studienwahl zu verifizieren. Es kann nicht der vorgesehene modus operandi bleiben, in der StEOP herauszufinden, dass das entsprechende Studium zu schwer ist bzw. an den Interessen des_der Studierenden vorbei geht. Zweck einer Orientierungsphase muss es sein, einen Überblick über die verschiedenen (v.a. kleineren) Studiengänge zu geben, Einblick in das wissenschaftliche Arbeiten zu vermitteln, und über die Institutionen der Universitäten inklusive der studentischen Vertretungsorgane zu informieren. Auch die Möglichkeit, mehrere Universitäten in Betracht zu ziehen, müsste gegeben sein.

Mehr Ressourcen in die Entscheidungshilfe zu investieren, würde die Verteilung der Studierenden auf die unterschiedlichsten Studien enorm streuen und so dazu beitragen, dass Zugangsbeschränkungen sukzessive abgeschafft werden könnten. Nur in der Reihenfolge Orientierungsphase – (endgültige) Studienwahl – Studium, unter der Voraussetzung, dass die Anrechenbarkeit der im Rahmen der StEOP absolvierten Lehrveranstaltungen gewährleistet ist, können Studierende von dieser profitieren.

Philipp Schrodtt studiert Lehramt Mathematik und Geschichte in Wien.

Info Box

Um bereits vor der Inskription zukünftigen Studienanfänger_innen einen kleinen Einblick in das mögliche Studium zu ermöglichen, hat die Österreichische Hochschüler_innenschaft das Projekt „studieren probieren“ ins Leben gerufen. Dabei können Interessierte in verschiedenste Studiengänge hineinschnuppern – Studierende bieten einfach ihre Lehrveranstaltungsstermine auf www.studierenprobieren.at an, nehmen ihre zukünftigen Kommiliton_innen mit und erhalten dafür sogar eine Aufwandsentschädigung!

Muss Erasmus?

Ist ein Auslandssemester für jede_n leistbar? Und schaut am Ende dabei mehr raus als die Erasmus-Bubble und Beer Pong?

Es läuft niederländische Trap-Musik aus kleinen Bluetooth-Lautsprechern. Die Leute spielen Beer Pong und trinken Tequila. Der Icebreaker jedes Gesprächs lautet „Where're you from?“ Und egal welcher Nationalität man sich anschließend bekennt, die Antwort darauf ist immer in etwa: „Ah, cool.“ („Cool“ im Zusammenhang mit Niederösterreich würde ansonsten wahrscheinlich niemand verwenden.)

Erasmus-Partys laufen meistens gleich ab. Und oft trifft man dort niemanden, der die tatsächlich im Gastland lebt. Viele in der Erasmus-Community kommen aus sehr ähnlichen sozialen Backgrounds. Oder ist das nur meine Erfahrung? Seit zwei Monaten bin ich im Norden von Frankreich, in der Student_innen-Stadt Lille. Für diesen Artikel habe ich mit ehemaligen und momentanen Teilnehmer_innen des Erasmus-Programms gesprochen.

DATEN, FAKTEN UND PAPIERKRAM. Erasmus (ursprünglich ein Akronym für: European Community Action Scheme for the Mobility of University Students) gibt es seit 1987. Seitdem haben über vier Millionen Student_innen aus EU-Ländern durch das Programm ein Auslandssemester bzw. -jahr gemacht.

Österreich macht seit 1992 mit. Rund 110.000 Studierende heimischer Hochschulen konnten laut dem österreichischen Auslandsdienst (OeAD)

dadurch bisher ein Erasmus-Semester absolvieren.

Finanziert wird das Programm aus dem EU-Topf. Abhängig vom Land, in das man entsandt wird, erhält man als österreichische_r Student_in eine Förderung von 150 bis maximal 500 Euro pro Monat, die Stipendien sind nach den Lebenshaltungskosten der Gastländer gestaffelt. Im Jahr 2017 hat Österreich 37,5 Millionen Euro von der EU bekommen, um die Studierenden bei ihren Aufenthalten zu fördern, so der OeAD.

Vor dem Antritt des Auslandssemesters gibt es einiges an Papierkram zu erledigen. Dennoch ist der Aufwand, verglichen mit dem, was man dafür erhält, gering, bestätigen mir alle meine Interview-Partner_innen. Für viele ist es die einzige Möglichkeit, die Erfahrung zu machen, im Ausland zu leben. Laut der „Erasmus Impact Study“, die im Auftrag der EU 2016 gemacht wurde, wird „opportunity to live abroad“ als größter Beweggrund angegeben, bei dem Programm mitzumachen. Die Aussage erhielt 96% Zustimmung unter den Befragten und lag damit noch vor „improve and widen my career prospects“.

AUS ALLEN LÄNDERN – ABER AUCH AUS ALLEN SCHICHTEN?

Anano Itrishvili ist mit mir gemeinsam in Lille. Sie kommt aus Georgien, studiert aber in Litauen. „Müsste ich

mich auf das Erasmus-Geld verlassen, würde es wahrscheinlich nicht ausreichen“, meint sie. „Student_innen aus Georgien bekommen normalerweise mehr Förderung. Da ich aber an einer lettischen Hochschule gemeldet bin, erhalte ich auch die Förderung, die für Litauen vorgesehen ist. Die fällt deutlich geringer aus.“

Sucht man in der Erasmus Impact Study nach Beweggründen NICHT am Programm teilzunehmen, so gaben dort 44% der Befragten an, aus finanziellen Gründen kein Erasmus-Semester gemacht zu haben. Besonders stark ausgeprägt war dieser Beweggrund im Süden und Osten Europas. In Spanien sagten sogar 60% der Befragten, aus Geldmangel daheim geblieben zu sein.

Neben der Universität eine Arbeit hier in Frankreich zu finden, ist für Anano schwierig: „So gut wie alle Cafés und Läden möchten jemanden, der die fließend Französisch spricht, auch fürs Babysitten gibt es von vielen spezielle Anforderungen. Selbst wenn dann etwas klappen würde, wissen sie ja, dass ich nach einem Semester wieder weg sein werde und nehmen daher an, sie können sich nicht auf mich verlassen.“

Es fällt auf, dass viele der Erasmus-Student_innen, die ich hier in Lille treffe, einen vergleichsweise hohen Lebensstandard halten können. Regelmäßig Essen gehen, hier und da in die Mall, um bei Primark vorbeizuschauen, übers Wochenende nach Amster-

dam. Laut der Erasmus Impact Study liegt der Anteil der mobile-students, die aus einer Akademiker_innen-Familie kommen, bei 54%. Im Vergleich dazu sind unter den nicht-mobilen Studierenden 38% Kinder von Akademiker_innen.

Manuel Spornberger hat vor zwei Jahren ein Austauschsemester in Bordeaux gemacht. Für ihn sei Erasmus mittlerweile in einer kleinen privilegierten Gruppe ein gewisser Standard, der mal „so zwischendurch eingeschoben wird.“

„Rückblickend hätte ich mich mehr darauf vorbereiten können. Mein Französisch war in Ordnung, aber hätte ich ein bisschen besser gesprochen, wäre es vermutlich leichter gewesen sich auch mit französischen Leuten anzufreunden. So habe ich viel Zeit mit anderen Erasmus-Studis verbracht und das ist glaube ich sehr typisch für die meisten, die an dem Programm teilnehmen. Da entsteht dann manchmal eine Bubble, in der die Erasmus-Leute unter sich bleiben.“ Grundsätzlich sei nichts dagegen einzuwenden, meint Manuel am Telefon, „aus meiner Sicht sollte bei der Experience aber auch mit inbegriffen sein, die lokale Kultur kennenzulernen und da musst du selber dahinter sein. Das ist glaube ich vielen nicht gelungen.“

MACH ERASMUS, ES IST GUT FÜR DICH! Manuel hat seinen Bachelor an der FH Wien der WKW ge-



Illustration: Henna Räsänen

macht. Dort ist ein Erasmus-Semester mittlerweile für alle Vollzeit-Studiengänge Pflicht. In Fällen von Pfllegetätigkeit, eingeschränkter Mobilität oder chronischen Krankheitsfällen sollen aber Ausnahmen von dieser Pflicht gemacht werden können. Als ich mit dem Journalismus-Studium angefangen habe, war von dem obligatorischen Erasmus-Aufenthalt noch keine Rede. Kritiker_innen unter meinen FH-Kolleg_innen meinen, dass das System trotz der Ausnahme-Regelung einen Keil in die Klasse treiben würde. Die aus komplizierten Verhältnissen kommenden Studierenden wären dadurch zu identifizieren, dass sie unter den wenigen sind, die daheim bleiben. Dazu habe ich mit Barbara Good gesprochen, Head of International Affairs an der FH Wien. „Leiden Studierende beispielsweise an chronischen Krankheiten ist das etwas, das ohnehin oft sichtbar ist. Geht eine Studienkollegin beispielsweise regelmäßig zur Dialyse, weiß die Klasse ja meist davon.“ Was den finanziellen Aspekt betreffe, meint Good, dass Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen den Anspruch auf ein erhöhtes Auslandsstipendium haben.

Ein anderer Kritikpunkt am Pflicht-Semester ist, dass es eine Art Bevormundung sei. Daniela Süßenbacher, Leiterin des Journalismus-Instituts an der FH Wien der WKW meint dazu, sie hätte versucht, die Information für alle Interessierten vorab klar zu kommunizieren, um Missverständnisse

zu vermeiden. „Dann ist es ja dennoch so, dass man die Wahl hat, wohin man gehen möchte. Ich bin grundsätzlich kein Fan davon, Dinge vorzuschreiben, aber manches wäre sonst nicht wirklich administrierbar. Und wir haben in den letzten Jahren gemerkt, dass ein internationales Setting einfach immer wichtiger geworden ist.“

EUROPA-GEFÜHL UNTER DEN ERASMUS STUDENT_INNEN.

Tibor Navracsics, der EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport sagte in einer Rede anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Programms, Erasmus hätte eine Generation „mit einer starken europäischen Identität geschaffen“.

Die Teilnahme am Programm soll sich positiv auf das politische Interesse der Studierenden auswirken. Laut einer Veröffentlichung zum 30-Jahr-Jubiläum des Erasmus Programms haben sich 81 % der ehemaligen Erasmus-Student_innen an der EU-Wahl 2014 beteiligt. Die Wahlbeteiligung unter jungen Menschen allgemein lag bei 30%.

Mit Politik kommt auch Sandro im Moment viel in Berührung. Er ist so wie ich unter den rund 8.500 Studierenden österreichischer Hochschulen, die im Studienjahr 2018/19 ein Erasmus-Semester machen. Momentan lebt Sandro für vier Monate in der zyprischen Stadt Nicosia, Europas letzter zerteilter Hauptstadt. Er

hat die letzten Wochen dafür genutzt, sich mit der Geschichte Zyperns auseinander zu setzen, mit der politischen Propaganda dort und mit der Mentalität in der halb türkischen, halb griechischen Stadt. Auch mit ihm habe ich telefoniert.

„Ich sehe den maximalen Profit des Erasmus-Semesters absolut nicht im Weiterkommen meines Studiums. Das, was wir auf der Uni hier machen, wird mich nicht wirklich nach vorne hauen“, erzählt er mir.

„Wenn man die Person dafür ist, kann man wirklich viel vom Spirit der Einheimischen aufsaugen und von ihnen lernen. Und auch über sich selbst reflektieren.“ Das, was er hier bisher gelernt hat, meint Sandro, werde ihm für sein Leben erhalten bleiben.

ERASMUS IST DAS, WAS MAN DRAUS MACHT.

Genauso wie Sandro meint auch Sarah, dass der Großteil ihrer Erfahrungen während des Erasmus-Semesters sie selbst betroffen hat. Sarah hat von September bis Dezember des vergangenen Jahres in Paris gewohnt. Frankreich ist im Übrigen nach Deutschland, Spanien und Großbritannien die viertbeliebteste Destination für Auslandsemester unter Studierenden an heimischen Hochschulen, so der österreichische Auslandsdienst.

„Erasmus ist wirklich das, was man draus macht. Ja, auch in Paris gab es die

typischen Cocktail-Bars mit Erasmus-Abenden. Ich habe die Zeit aber eher für Kultur genutzt und war in vielen Ausstellungen und Museen.“ Sarah erzählt mir auch, dass sie nachdem sie in Paris war das Bedürfnis hatte, wieder für eine Zeit ins Ausland zu gehen. Kurz nachdem sie heimkam, war sie für einen Monat in Shanghai und bald wird sie ein Praktikum in Tokyo machen. „Wenn man einmal weg war, möchte man es immer wieder. Das geht fast allen Leuten so, mit denen ich gesprochen habe.“

Bisher kann ich noch nicht einschätzen, ob es mir auch so gehen wird. Was ich aber weiß, ist, dass die Party auf der ich bin, nicht wirklich etwas für mich ist. Nach dem dritten Britney Spears Lied, pack ich mich zusammen. Anano aus Georgien und ich machen uns zu Fuß auf den Heimweg. In Lille ist nachts auf vielen Straßen noch was los. Oft stehen die Fenster offen und aus den Wohnungen kommt laut Musik. Am Balkon stehen junge Leute, hören französischen Hip-Hop und kiffen. Anano erzählt mir, dass sie es für die größte Errungenschaft auf diesem Auslandssemester hält, sich auf sich selbst zu besinnen. „Ich hab richtig gemerkt, dass ich Dinge auch allein machen kann. Egal, was ich daheim gelernt hätte, für meine Entwicklung als Mensch ist das hier besser.“

Elena Zeh studiert Journalismus und Medienmanagement.

Was von Schwarz-Blau I übrig blieb – ein Rückblick

Schwarz-Blau regierte schon einmal von 2000 bis 2006 – wirkt das bis heute nach?

Am 1. Februar 2000 fixieren Wolfgang Schüssel (ÖVP) und Jörg Haider (FPÖ) nach nur acht Tagen Koalitionsverhandlungen die Sache – die erste schwarz-blaue Koalition steht. Die Bundesregierung wird am 4. Februar 2000 gegen den Willen des damaligen Bundespräsidenten Thomas Klestil und unter dramatischen Bedingungen angelobt. Während des offiziellen Aktes protestieren auf dem Ballhausplatz in Wien tausende Demonstrant_innen und auch die Europäische Union ist in hellem Aufruhr, versucht Jörg Haider zu stoppen, droht mit einer Isolierung Österreichs und verhängt Sanktionen. Doch vergeblich – die Regierung hat die wöchentlichen Donnerstagsdemonstrationen und andere Massendemos einfach ausgesessen. Aber was genau waren die politischen Ziele der ersten schwarz-blauen Koalition und was wirkt bis heute nach?

UNIVERSITÄTSREFORM – WIE SICH DAS STUDIUM BEZAHLT MACHT. Nachdem die Studiengebühren unter Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) und Bundesministerin Herta Firnberg (SPÖ) 1973 abgeschafft wurden, um den Zugang zu höherer Bildung einer möglichst großen Bevölkerungsgruppe möglich zu machen und die Qualität von Forschung und Lehre zu verbessern, beschlossen ÖVP und FPÖ im Jahr 2001 unter Bildungsministerin Elisabeth Gehrler, Studiengebühren in der Höhe von 5.000 Schilling (363,36€) einzuführen. Die österreichischen Fachhochschulen waren auch zu dieser Zeit im Gegensatz zu den anderen tertiären Bildungseinrichtungen nicht

verpflichtet, diese Studiengebühren einzuheben.

Die Gebühren werden im Wintersemester 2001/02 erstmals eingehoben und führen dazu, dass die Studierendenzahl um 21 Prozent sinkt, jene der Studienanfänger_innen um rund 14 Prozent. Auch die Zahl der Doktorand_innen ging zurück, vor allem der Frauen*anteil sank stark. Und das, obwohl in Österreich schon vor Einführung der Studiengebühren bereits deutlich weniger Menschen ein Studium anfangen als in anderen Industrieländern (OECD).

Diese Studiengebühren wurden 2008 zwar wieder „abgeschafft“ – werden aber heute von der zweiten schwarz-blauen Koalition erneut diskutiert. Gebührenbefreit sind zurzeit Österreicher_innen, EU-Bürger_innen, sowie Gleichgestellte (z. B. Konventionsflüchtlinge, Schweizer Staatsbürger_innen, Ausländer_innen mit einer Daueraufenthaltsberechtigung oder einem Anspruch auf Studienbeihilfe) und Personen, denen aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrages dieselben Rechte für den Berufszugang zu gewährt sind wie Staatsbürger_innen, die innerhalb der Mindeststudiendauer (plus zwei Toleranzsemestern) ihr Studium abschließen. Wer jedoch länger braucht, muss 363,36 Euro Studiengebühren pro Semester zahlen. Nicht-EU-Bürger_innen zahlen sogar doppelte Studiengebühren in der Höhe von 726,72 Euro.

Das Universitätsgesetz (UG) aus dem Jahr 2002 ist die größte Universitätsreform der letzten 150 Jahre. Es

zielt darauf ab, die österreichischen Universitäten für den internationalen Wettbewerb zu stärken und die Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Die Drittelparität (gleichwertige Mitbestimmung von Lehrenden, Assistent_innen und Studierenden an den Universitäten), die SPÖ-Ministerin Firnberg 1975 eingeführt hatte, wurde beseitigt – Lehrende verfügen nun in den Senaten über die Mehrheit.

Der Senat (§ 25 UG) ist das Vertretungsorgan der vier Gruppen der Universitätsangehörigen (Professor_innen, Mittelbau, Studierende, allgemeines Personal). Er wirkt unter anderem an der Erlassung der Satzung, des Organisationsplans und des Entwicklungsplans, der Zusammensetzung des Universitätsrats, der Rektorsauswahl und der Erlassung bzw. Änderung von Curricula mit.

Weiters orientiert sich das UG am dreigliedrigen Studienaufbau des sogenannten Bologna-Prozesses, als Grundstufe sind daher Bachelorstudien vorgesehen. Deren Arbeitsaufwand hat im Regelfall genau 180 ECTS-Anrechnungspunkte zu betragen, das entspricht drei Studienjahren.

REGIERT, GESCHMIERT, KASIIERT... Mit Inkrafttreten des Universitätsgesetzes 2002 per 1. Januar 2004 flossen die Studiengebühren direkt den Budgets der Universitäten zu (zuvor dem allgemeinen Bundesbudget). Ihre Finanzsituation verbesserte sich jedoch wegen zuvor durchgeführter Kürzungen insgesamt nicht.

Im Jahr 2004 standen den Universitäten rund 145 Millionen Euro weniger zur Verfügung als im Jahr 2001. Tatsache ist, dass seit dem Jahr 2000 das relative Budget der Universitäten jedes Jahr gesunken ist und nun bei mittlerweile knapp 1% des Brutto-Inlandprodukt liegt – 1999 waren es noch 1,22%. Die Folgen spüren wir Studierende.

... UND GESCHWÄRZT. Was auf dem Spiel stand, sind nicht die Privilegien der Universitätsprofessor_innen (die soll man, wo sie tatsächlich existieren, durchaus bekämpfen!) und auch nicht nur die Rechte der restlichen Universitätsmitglieder und damit ein Stück demokratischer Kultur unserer Gesellschaft. Auf dem Spiel stand vor allem die Entfaltung der Wissenschaft – und damit letztendlich auch die Zukunft unserer Gesellschaft, die auf Problemlösungen, die in der Wissenschaft erarbeitet werden, angewiesen ist.

Heute, unter der zweiten schwarz-blauen Koalition, steht die Entfaltung der Wissenschaft und der freie Hochschulzugang wieder auf dem Spiel. Die Regierung ist gerade dabei, im ganz großen Stil unsere Zukunftschancen zu rauben. Ihre Universitätspolitik ist eine Politik auf Kosten von uns Studierenden. Verbesserung statt Verschlechterung kann es nur bei massiver Gegenwehr geben.

Zeinab Abdel-Keream ist 20 Jahre alt und studiert in Wien.

Das schwarz-blaue Bildungssieb

Maßnahmen der Regierung, um ein elitäres Hochschulsystem zu etablieren

Ein Jahr ist die Regierung Schwarz-Blau 2.0 mittlerweile im Amt. Zeit genug für Heinz Faßmann und sein Team, den Hochschulsektor ordentlich durchzumischen und die Weichen für allgemeine Studiengebühren zu stellen.

Seit Anfang des Semesters müssen erwerbstätige Studierende, die länger als zwei Semester über der Mindeststudienzeit studieren, Studiengebühren in der Höhe von 365 Euro pro Semester zahlen. Der Grundstein dieser Maßnahme wurde im Dezember 2016 gelegt, als der Verfassungsgerichtshof wegen Gleichheitswidrigkeit die entsprechende Passage aufhob und dem Gesetzgeber empfohlen hat, diesen Fehler im Gesetz zu beheben. Bildungsminister Heinz Faßmann entschied sich dagegen, weshalb rund 23.000 Studierende bundesweit seit diesem Semester tief in die Geldbörse greifen müssen. Die Argumentation Faßmanns, Studierenden damit einen Anreiz zu geben, ihr Studium schneller zu beenden, zeigt wie Paradox diese Maßnahme ist, bedenkt man, dass gerade erwerbstätige Studierende wegen ihrer Doppelbelastung das Curriculum nicht in vorgegebener Zeit absolvieren können. Zusätzliche finanzielle Belastung führt lediglich dazu, dass die betroffenen Personen noch mehr arbeiten müssen, um die Studiengebühren bezahlen zu können.

MINDESTSTUDIENZEIT ADE. Sanja, 27, studiert Kunstgeschichte und schildert, wie sich die Gebühren auf ihr Studium auswirken: „Ich habe während meines gesamten Studiums arbeiten müssen, um meine Miete zu bezahlen. Nach dem Wegfallen der Beihilfen musste ich natürlich noch mehr arbeiten, um versichert zu sein und mich zu ernähren. Je mehr Zeit für Lohnarbeit draufgeht, desto weniger bleibt fürs Studium. Dazu kommt der Druck, zusätzlich zu Studium und Lohnarbeit auch noch Praktika zu absolvieren, um Praxiserfahrung in meinem Bereich zu sammeln. Dabei musste ich Volontariate annehmen, um überhaupt eine Stelle zu bekommen.“ Dass Sanja damit nicht alleine ist, sondern sich viele Studierende in dieser unangeneh-

men Situation befinden, wird umso deutlicher, mit je mehr Studierenden man spricht.

„Bisher habe ich als arbeitende Studentin die Studiengebühren zurückbekommen und war froh, einen Job zu haben, der sich mit dem Studium kombinieren lässt. Ich war so weit, dass das Zittern um die Finanzen des nächsten Monats mir endlich nicht mehr die letzte Konzentration raubte. Jetzt ist kontinuierliches Durchhalten nicht mehr genug, weil jedes Semester durch die Studiengebühren noch teurer wird als ohnehin und ich mehr Geld aufbringen muss, bevor ich überhaupt zum Studieren komme. Das bedeutet mehr Geld für weniger Studium. Das ist völlig sinnlos, es handelt sich dabei um eine Summe, die für mich eine hohe Belastung, aber für die Uni praktisch nicht spürbar ist. Der einzige Effekt, den Studiengebühren haben, ist, dass der ärmste Teil der Studierenden von der Uni entfernt wird.“

UNI FINANZIERUNGSGESETZ. Im Zuge der Neufassung des Uni-Finanzierungsgesetzes, das die Regierung in den letzten Wochen im Minister_innenrat endgültig beschlossen hat, sind die Weichen für eine weitere Maßnahme gestellt worden, deren Auswirkungen ab dem kommenden Semester spürbar sein werden. Festgelegt wurden Zugangsbeschränkungen in Jus, Erziehungswissenschaften und Fremdsprachen. Was der Bildungsminister als Reformpaket bezeichnet, wird zu einer massiven Reduktion der Studienplätze für Studienanfänger_innen führen und die soziale Durchmischung an Hochschulen weiter senken. Es ist zu erwarten, dass rund um das Jus-Studium eine Vielzahl an privaten Vorbereitungskursen angeboten werden wird. Diese Situation des Konkurrenzkampfes schon vor Studienbeginn wird zu einer drastischen Selektion der Bewerber_innen führen, denn wer sich diese Kurse leisten kann, hat einen beträchtlichen Vorsprung beim Auswahlverfahren. Doch was passiert mit denen, die keinen Platz in ihrem Wunschstudium bekommen? Entwickelt es sich wie bei Medizin, wählen die meisten von ihnen als zeitliche Überbrückung ein fachähnliches Studium, um sich nebenbei erneut

für das selektive Auswahlverfahren im nächsten Jahr vorzubereiten. Es ist ein Jahr, in dem sie nur darauf warten, sich ein weiteres Mal der Hürde des Aufnahmetests zu stellen. Bedenkt man das eigentliche Ziel der Studienbeschleunigung, sieht man hier ein weiteres Mal, dass die Maßnahmen genau das Gegenteil bewirken.

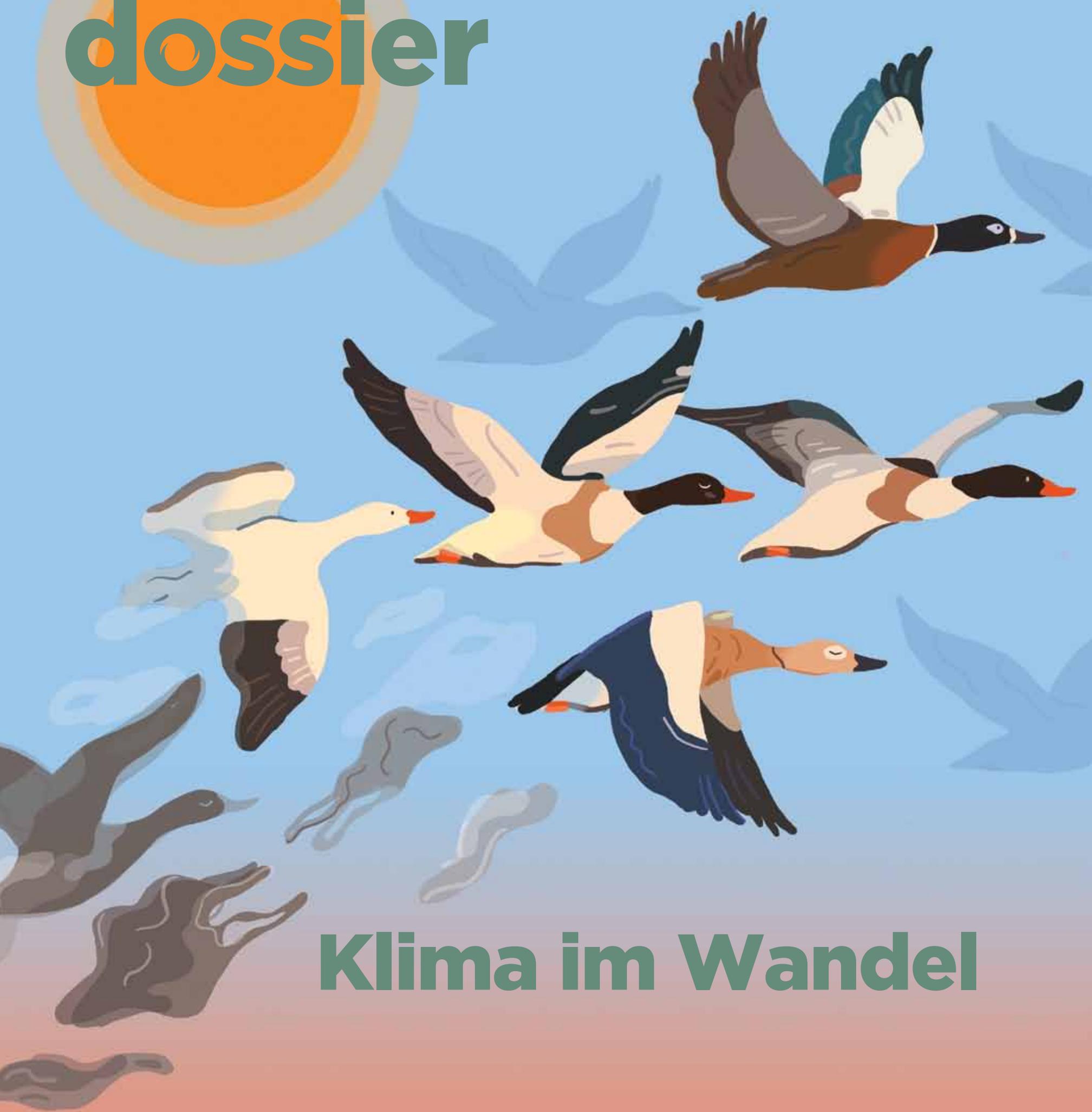
AUSWIRKUNGEN DER MASSNAHMEN. Glaubt man Faßmann, so soll diese Maßnahme nicht zur Reduktion der Studienplätze führen, sondern lediglich die relative Anzahl der aktiv Studierenden erhöhen. Betrachtet man jedoch die geplanten Beschränkungsmaßnahmen genauer, so ist ein Rückgang um mindestens ein Fünftel der Studienplätze zu erwarten. Das Gesetz ermöglicht einzelnen Hochschulen zudem per Verordnung weitere Beschränkungen lokal einzuführen, wenn gewisse Studienfächer besonders nachgefragt sind. Dafür gibt es zwar noch keine konkreten Beschlüsse, die ersten Entwürfe offenbaren allerdings, dass dies beispielsweise Politikwissenschaften und Chemie an der Universität Wien betreffen könnte. Der Studiengang Wien wird von den Zugangsbeschränkungen generell am stärksten betroffen sein.

Die ersten Maßnahmen in Richtung Sozialabbau hat die Regierung somit auch schon im Hochschulsektor gesetzt und damit die Studienbedingungen für Einsteiger_innen und Erwerbstätige massiv erschwert. Was es bräuchte, wäre eine Hochschule der Vielfalt, eine Hochschule, in der die Schwächsten gestützt werden, sodass Bildung nicht weiter über den sozioökonomischen Status vererbt wird, einen freien Hochschulzugang für alle. Die bisherigen Maßnahmen lassen sich allerdings als Schritte hin zu einer elitären Hochschule deuten, die nur für die obersten 100.000 bestimmt ist und in der allgemeine Studiengebühren für alle Studierenden selbstverständlich sind.

Katja List studiert Mathematik und Geographie auf Lehramt an der Uni Wien



dossier



Klima im Wandel

WESHALB DER WEG DER MITTE EINE SACKGASSE IST

EIN KOMMENTAR ZUR KLIMAPOLITIK VON SCHWARZ-BLAU

Im Grunde sollte der klimapolitische Weg der schwarz-blauen Regierung bereits seit Umbenennung des Umweltministeriums in ‚Nachhaltigkeitsministerium‘ klar sein. Schließlich geht es beim Begriff Nachhaltigkeit per se immer um ein Abwägen zwischen dreierlei Aspekten – nämlich sozialen, ökologischen und ökonomischen. Sollte also ab jetzt im Bereich der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit nicht viel passieren, kann das leicht damit argumentiert werden, dass die Regierung eben einen Fokus auf die ökonomische Komponente setzt. Immerhin gibt es allgemein so gut wie keine Maßnahme, die jeweils allen drei Aspekten zugutekommt. Spätestens beim Lesen der neuen Klima- und Energiestrategie wird klar, dass dieser Verdacht berechtigt ist.

ZIELE ABER KEINE MASSNAHMEN. Denn wenn es in der Strategie um mögliche Maßnahmen im Klima- und Energiebereich geht, wird immerzu ein großes ABER angehängt: der Wirtschaft darf das alles nicht schaden, da wir auf ewig Wirtschaftswachstum wollen. Ökologische und soziale Ziele werden dabei immer nur im Kontext wirtschaftlichen Mehrwerts bedeutend. Selbst in der Klimastrategie setzt Österreich also auf grenzenlose Ausbeutung. Da nützt auch das allgemeine Bekenntnis zu internationalen und europäischen Klimazielen nicht viel, wenn im Grunde weitergemacht werden soll wie bisher. Klar klingt es schön, wenn Österreich bis 2030 mindestens so viel Strom durch erneuerbare Energieträger produzieren soll, wie das Land in einem Jahr verbraucht. Schön klingt ja auch, dass bis 2050 die Dekarbonisierung erfolgen soll. Das Problem ist nur: mit dieser Strategie und diesen schwammigen Maßnahmen gelingt der notwendige große Wurf sicher nicht.

Es fängt bereits damit an, dass die Regierung sich selbst handlungsunfähig macht, wenn in den ersten Seiten der Strategie sofort festgehalten wird, dass es weder Mehrausgaben noch Verbote geben soll. Und das obwohl Ministerin Köstinger betont hat, dass

sie den historischen Umgang mit saurem Regen und dem Ozonloch als Vorbilder sieht. Es wäre grandios, wenn sie das tatsächlich tun würde, denn in beiden Fällen haben Verbote wesentlich zur Lösung der Umweltprobleme beigetragen. Schwarz-Blau aber will alle Klimaprobleme mit Anreizen lösen und hofft darauf, dass fossile Energieträger von sich aus im Boden bleiben. Wohl ganz nach dem Motto: „Der Markt wird das schon regeln“. Kein Wunder also, dass es in der Strategie auch an konkreten Instrumenten, Finanzierungsposten und zeitlichen Etappenzielen fehlt.

KLIMASCHÄDLICHE GROSSPROJEKTE. Dass die Regierung in ihrer bisherigen Amtszeit vor allem mit der Unterstützung für klimaschädliche Großprojekte und einer emissionsfördernden Geschwindigkeitserhöhung auf den Straßen aufgefallen ist, vollendet das triste Bild in der Klimapolitik. Wir müssen feststellen, dass es für Schwarz-Blau offenbar eine Vereinbarkeit zwischen Klimaschutz und umweltschädlichen Infrastrukturprojekten gibt. Denn eine dritte Piste am Flughafen Wien-Schwechat oder ein Lobau-Tunnel widersprechen eigentlich jedem Ansatz einer Verkehrswende. Auch eine beschleunigte Umweltverträglichkeitsprüfung mitsamt Maulkorb für NGOs oder ein Staatsziel Wirtschaft führt wohl kaum zu mehr Klimaschutz. Wem das alles aber sehr wohl nützt: der kapitalstarken Wirtschaft. Immer wieder zeigt sich damit: die Klima- und Energiestrategie hat nicht als oberstes Ziel, dass Österreichs Beitrag zur Klimakrise möglichst gering wird, sondern dass es den großen Wirtschaftsbetrieben möglichst gut geht und nebenbei ein bisschen Greenwashing betrieben wird.

All dem zum Trotz wird natürlich an der einen oder anderen Schraube gedreht werden, schließlich muss Österreich ja auch der EU etwas vorzeigen können. Es ist aber jetzt schon klar, dass es für grundlegenden Klimaschutz nicht ausreichen wird. Die Frage ist also: geben wir uns mit so wenig zufrieden?

Natürlich könnte Österreich ganz allein selbst bei voller Anstrengung die Klimakrise nicht aufhalten. Aber warum sollten wir uns als wohlhabendes Land erwarten, dass andere Länder etwas für den Klimaschutz tun, wenn wir es selbst nicht einmal auf die Reihe bekommen – obwohl wir die Mittel und das Know-How haben?

SCHALL UND ABGASE. Bei der Präsentation der Klima- und Energiestrategie hat Nachhaltigkeitsministerin Köstinger stolz verkündet, dass die Kritik im Vorfeld zeige, dass sie einen guten und konstruktiven Weg der Mitte gewählt hätte. Glückwunsch, dem Klima ist es aber wohl recht egal, ob der obere, linke oder mittlere Weg genommen wurde – solange Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer die Inhalte vorgeben, bleibt es der ungenügende Weg. Denn beim Klimaschutz geht es schlussendlich um nackte Zahlen. Es geht darum, was tatsächlich umgesetzt wurde, um wie viel Treibhausgase reduziert werden konnten und auch darum, ob eine sozial-ökologische Transformation eingeleitet wurde. Bereits im Entstehungsprozess der Strategie haben Wissenschaftler_innen aber darauf hingewiesen, dass die darin genannten Maßnahmen nicht ausreichen, um die Klimaziele zu erreichen. Was bringt also ein Bekenntnis zu Klimazielen, wenn die darauffolgenden Zeilen dem bei weitem nicht gerecht werden? Die Klima- und Energiestrategie ist gescheitert, bevor ihre Umsetzung überhaupt begonnen hat. Sich trotzdem lächelnd hinzustellen und auf das Papier stolz zu sein, braucht sicher viel Mut. Denselben Mut hätte es für eine langfristige und radikalere Klimapolitik gebraucht. Die Regierung hat sich aber für die Sackgasse entschieden: Höchste Zeit, die Notbremse zu ziehen und umzudrehen, bevor es zu spät ist.

Florian Ladenstein studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement, sowie Sozial- und Humanökologie in Wien.

Wie nachhaltig lügen wir uns in die Tasche?

Nachhaltigkeit und Zero-Waste: Nur Hipster, die auf Instagram mit Kürbissen posen, oder Gegenentwurf zur Wegwerfgesellschaft?

Biologischer Buchweizen rieselt in einem Schwall in das mitgebrachte Weck-Glas einer Frau, die einen langen roten Mantel trägt. Das Gefäß, aus dem das goldene Korn gefallen kommt, ist ein Glasbehälter ähnlich einem kleinen Silo mit Schleuse. Der Sinn dahinter ist, dass man den Wocheneinkauf ohne Verpackungen bestreiten kann, ohne Plastiksackerl, in Kunststoff verschweißten Reis oder abgepackte Wurst. Die Kundin mit dem Buchweizenglas sieht sich weiter in der Zero-Waste-Greisslerei im dritten Wiener Gemeindebezirk um. Von biologischen, fair gehandelten regionalen Pilzen, die in Leopoldau von einem Geschwisterpaar im Keller gezüchtet werden, über Milchprodukte, die von einem Ziegenhof in Parndorf geliefert werden, ist hier alles zu finden, was das Öko- und Zero-Waste-Herz begehrt. Ein Zero-Waste-Lebensstil vermeidet, so gut es geht, Restmüll anzuhäufen. Anhänger_innen verwerten beispielsweise möglichst vieles wieder und vermeiden, Produkte in Plastik zu kaufen.

ÖKOLOGISCHES BEWUSSTSEIN OHNE DEMOGRAPHISCHE GRENZEN. Bis hin zur Instagramtauglichen Einrichtung des Ladens mit zugehöriger Café-Ecke, wirkt alles wie in einer perfekten Parallelgesellschaft mit ökologischem Bewusstsein. Alle Produkte werden von regionalen Händler_innen bezogen, die in und um Wien kleinstrukturiert produzieren. Viele von ihnen arbeiten sogar biodynamisch und achten darauf, dass möglichst wenig Verpackung bei Produktion und Lieferung anfällt. Vor zwei Jahren machten sich die Schwestern Christiane Wenighofer-Wanits und Stephanie Wanits auf, um eine Immobilie für ihre Warenhandlung in Wien zu finden. Sie stehen selbst im Geschäft und pflegen regen Kontakt mit ihren Stammkund_innen. „Es kommen ganz unterschiedliche Leute“, erzählt Stephanie Wanits, die genau weiß, welche kulinarischen Vorlieben ihre Kund_innenschaft hat. „Von Student_innen, die bewusst verpackungsfrei einkaufen wollen, über junge Familien bis hin zu Senior_innen, die die per-

sönliche Beratung in der Greisslerei schätzen, ist alles dabei“, viele von ihnen sind ab der ersten Woche nach der Eröffnung regelmäßig wiedergekommen. Auch deshalb, weil die Anzahl der Zero-Waste-Läden in Wien nach wie vor überschaubar ist. Nur in vier Geschäften können die Wiener_innen tatsächlich verpackungsfrei einkaufen.

Unverpackt-Läden zählen nach wie vor zu Nischenerscheinungen, obwohl der Trend Zero-Waste oder seine abgeschwächte Form Minimal-Waste und Nachhaltigkeit vor allem in sozialen Medien schon länger auf dem Vormarsch sind. Eine selbsternannte Botschafterin für einen nachhaltigen Lebensstil, Madeleine Alizadeh, besser bekannt unter *daria-daria*, sieht den Schritt zu einem Zero-Waste-Leben zunächst pragmatisch: „Bei industriell gefertigten Produkten zahlen wir Kund_innen einen hohen Preis für die Verpackung und das Marketing des Produktes.“ Würden diese Kosten wegfallen, bliebe mehr Raum für Qualität.

NACHHALTIG IST NICHT GLEICH TEUER.

„Dass nachhaltig gleich teuer ist, ist ein Irrglaube. Industrieprodukte sind langfristig oft kostspieliger als sorgfältig ausgewählte nachhaltige Lebensmittel“, ist die Podcasterin und Kolumnistin überzeugt. Dennoch wird der ökologische Lifestyle auf Instagram und Pinterest glamourös inszeniert: In hippen Altbauwohnungen werden die veganen Schätze vom Bauernmarkt am Wochenende zu Smoothies verarbeitet. Bobo-Familien kneten zusammen mit ihren in Hanffasern gekleideten Kindern Sauerteigbrot aus Bio-Roggenvollkornmehl auf Altholztischen. Die wirklich hartgesottenen Zero-Waste-Anhänger_innen schießen Selfies von sich im Prater beim Kastaniensammeln. Woraufhin die rostbraunen Wunderdinger später zu selbstgemachtem Waschmittel weiterverarbeitet werden. Blogger_innen romantisieren den nachhaltigen Lebensstil in sozialen Medien. Schließlich kostet das Brotbacken und

Kastaniensammeln Zeit und die Lebensmittel vom Bauernmarkt Geld.

Dennoch ist auch Stephanie Wanits von der Warenhandlung überzeugt, dass ein nachhaltiger Lebensstil nicht vom Einkommen oder der Lebenssituation abhängig ist, denn „man isst zum Beispiel weniger von den Sachen. Unser Brot ist zwar teurer als herkömmliches, aber dafür nahrhafter. Deshalb ist es auch für eine normal verdienende Familie möglich, bei uns den Wocheneinkauf zu erledigen. Auch Student_innen kaufen bei uns ein, obwohl die ja meistens wenig Geld für Lebensmittel zur Verfügung haben. Ich denke, man muss einfach kreativ werden. Wenn ich Wurst und Fleisch weglasse und mehr Getreide und dazu Gemüse koche, kann ich genauso gut mit kleinem Budget auf Bauernmärkten und in Greisslereien einkaufen.“ Davon versucht Madeleine Alizadeh auch ihre 170.000 Instagram-Follower_innen zu überzeugen. Mittels Hochglanzfotos soll der Öko-Lifestyle möglichst viele Haushalte revolutionieren. Alizadeh ist davon überzeugt, dass ihre Tätigkeit Menschen dazu animiert, ihr Leben nachhaltig umzukrempeln. Die Frage, ob das Bewusstsein für nachhaltiges Leben in der Realität angekommen ist, schreit außerhalb der Instagram-Blase laut um Aufmerksamkeit.

WER WÜHLT IM PLASTIKBERG DER DISKONTER? Keine fünf Gehminuten entfernt von der müllverachtenden Warenhandlung tummeln sich zahlreiche Kund_innen beim Diskonter. An zwei Kassen stehen Menschen meterlang Schlange. Die Realität hebt sich beträchtlich von der Vision von Nachhaltigkeit ab: In aufgerissenen Kartons mit bunten Aufklebern wühlen Menschen aller Altersgruppen nach plastikverschweißten Semmeln. Dabei raschelt der Wegwerfkunststoff so laut, dass man sein eigenes Wort nicht mehr verstehen kann. In den Kühltruhen stapeln sich verschiedene Fleischsorten. Alles ist verpackt in Plastik und beschichteten Karton und so manches Produkt trägt sogar mehrere Schutzüllen.



Ein Kilogramm Schweinefleisch kostet hier rund ein Drittel des Preises in der Greisslerei. Vor dem Frischfleischregal versucht sich Theresa Fried* (*geändert) zwischen Putensteak Mediterran und Putensteak in Curry zu entscheiden. Beide Sorten sind von einer dicken Plastikschrift umhüllt. „Ich schaue so gut wie möglich darauf, Müll zu vermeiden. Auch Bio ist mir prinzipiell wichtig“, erklärt die 26-jährige Studentin und legt dabei das gelbe Curry-Geflügel in den Einkaufswagen. „Oft geht das aber nicht, weil ich mir die Lebensmittel in Bioläden nicht leisten kann. Ich weiß, dass es vor allem im Supermarkt schlimm ist. Hier gibt es nicht einmal eine Feinkost-Theke. Einfach alles ist in Plastik eingeschweißt“, bemerkt sie kopfschüttelnd und lässt dabei ihren Blick über das meterlang aufgetürmte gekühlte Fleisch schweifen.

DIE ENDZONE: VERMÜLLTE GESELLSCHAFT?

Organisationen wie Zero Waste Austria bemühen sich um Bewusstseinsbildung und arbeiten mit weiteren internationalen Schnittstellen zusammen. Auch Global 2000 will den Nachhaltigkeitsgedanken mit Müllvermeidung in Zusammenhang bringen. Dennoch fallen in Österreich 62 Millionen Tonnen Abfall jährlich an. Von 2009 bis 2016 zeichnete sich ein steigender Trend ab: Die Österreicher_innen entsorgten über 14 Prozent mehr als vor 2009. Eine Einzelperson tritt insgesamt fast eine halbe Tonne Müll pro Jahr in den Mistkübel. Soziale Medien vermitteln das Bild, dass Umweltschutz in der Gesellschaft angekommen sei. Vielmehr handelt es sich jedoch um eine „Meinungsblase“ oder „Bubble“. Dadurch, dass Gleichgesinnte im Netz meist nur Gleichgesinnten folgen, entsteht der Eindruck, als wollten alle die Welt retten.

Tatsächlich aber werden Umweltförderungen für nachhaltig Wirtschaftende per Gießkannenprinzip verteilt, erklärt der Landwirtschaftssprecher von Greenpeace, Sebastian Theissig-Matei. EU-Direktzahlungen fließen meist nicht an jene Landwirt_innen, die tatsächlich kleinstrukturiert und nachhaltig

produzieren. Poduzent_innen, die beispielsweise die Warenhandlung Wenighofer & Wanits mit nachhaltigen Produkten beliefern, sehen kaum Förderungen. Zertifizierungen sind kostspielig – außerdem wird Zero-Waste erst gar nicht finanziell gefördert. Michael Lachsteiner von Global 2000 ist überzeugt, dass sich die Gesellschaft in einer ökologischen Abwärtsspirale befindet und nimmt dafür die Politik in die Verantwortung.

ALLE LAST BEI DEN KONSUMENT_INNEN?

„Wichtig wäre, dass die Politik Maßnahmen setzt, um dieser Abwärtsspirale entgegenzuwirken. Konsument_innen können zwar einiges selber tun, aber bei weitem nicht alles. Die Zivilgesellschaft kann nicht die Bürde über die Verantwortung für die Zukunft selbst tragen. Währenddessen setzt die Politik nämlich auf alte Systeme, die schon längst überholt sind“, ist sich Lachsteiner sicher. Hinter dem Müllberg blitzt dennoch Hoffnung am Horizont hervor: „Das Müll-Aufkommen in Europa ist immer noch zu hoch. Dennoch zeigen manche Handelsbetriebe zumindest die Bereitschaft, weniger Abfall zu verursachen. Die Tatsache, dass Konsument_innen immer bewusster einkaufen, spielt dabei eine wichtige Rolle.“

Es scheint, als seien zumindest Teile der Gesellschaft bereit, nachhaltiger zu leben. Dennoch zieht die Politik nicht nach. Sowohl Theissig-Matei von Greenpeace als auch Lachsteiner von Global 2000 fordern klare politische Bekenntnisse zu mehr ökologischem Bewusstsein. Bislang würden diese aber fehlen. Die Verantwortung wird auf Konsument_innen abgewälzt, die teils private Initiativen für mehr Nachhaltigkeit ins Leben rufen. Botschafter_innen wie Madeleine Alizadeh schaffen mit Plattformen wie Dariadaria Bewusstsein in sozialen Medien. Greisslereien wie die Warenhandlung von Christiane Wenighofer-Wanits und Stephanie Wanits zelebrieren den nachhaltigen Zero-Waste Lifestyle.

Die breite Masse der Konsument_innen jagt dennoch lieber im Supermarkt nach plastikverschweißten Köstlichkeiten.

POLITIK MUSS PLASTIK DEN KAMPF ANSA-GEN.

Wesentlich ist auch, dass sich endlich in der Politik etwas ändert. Jene zehn Wegwerfprodukte, die am häufigsten an Europas Stränden gefunden werden und über 70 Prozent der Abfälle im Meer ausmachen, sollen ab 2021 verboten werden. Erst im Oktober hat das EU-Parlament für ein Verkaufsverbot von Einweg-Kunststoffartikeln gestimmt – ein erster Meilenstein für den Kampf gegen Plastik. Darunter fallen Teller, Besteck, Strohhalme, Rührstäbchen, Wattestäbchen oder Haltestäbchen für Luftballone. Auch sehr leichte Plastiksackerl, Produkte aus solchen Materialien, die sehr schnell fragmentieren, aber biologisch nicht abgebaut werden und in der Nahrungskette landen, sowie Fast-Food-Behälter wurden vom Umweltausschuss des Parlaments in die Liste verbotener Produkte aufgenommen. Doch es gibt auch viel Kritik an dem Gesetz. Denn Plastikflaschen, die einen Großteil des Mülls ausmachen, sind zB. ausgenommen.

Die Politik muss es den Menschen erleichtern, so wenig Müll wie möglich zu produzieren und großen Unternehmen endlich den Riegel vorschieben, doch in der kapitalistischen Gesellschaft stellt dies nicht den Hauptfokus dar. So leicht es ist sich über Bobo-Zero-Waste-Instagrammer_innen lustig zu machen, es bleibt zu hoffen, dass sie nicht nur Konsument_innen beeinflusst werden, sondern vor allem auch die Politik.

Christina Jaritsch hat Politikwissenschaft und Deutsch als Fremd- und Zweitsprache studiert und lebt in Wien.

TREIBHAUSGASE IM WESTEN, KLIMAFLUCHT IM OSTEN

Johannes Wahlmüller von Global 2000 erklärt im Interview wie der menschengemachte Klimawandel die Lebensgrundlage von Millionen Menschen weltweit bedroht.

progress: Was kann man unter dem Begriff „Klimaflüchtling“ verstehen?

Johannes Wahlmüller: Prinzipiell gibt es keinen Terminus „Klimaflüchtling“, der nach einer Genfer Flüchtlingskonvention international anerkannt wird. Wir definieren Flüchtlinge im Allgemeinen aber als Menschen, die gezwungenermaßen ihre Heimat verlassen mussten. Bei sogenannten „Klima“- oder „Umweltflüchtlingen“ handelt es sich um Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, weil sie zum Beispiel nichts mehr auf ihren Äckern anbauen können oder ihre Wohngebiete überschwemmt und somit nicht mehr bewohnbar sind, wie bei kleinen Inselstaaten. Und solche Sachen passieren selbstverständlich durch den Klimawandel, weshalb man in solchen Fällen auch von Klimaflucht oder klimainduzierter Migration spricht.

Wie viele Menschen sind davon betroffen?

Die Schätzungen, die wir kennen, sprechen von ca. 25 – 50 Millionen Menschen, die derzeit aufgrund von Klimawandel und Klimakatastrophen auf der Flucht sind. In den nächsten Jahrzehnten soll diese Zahl sogar auf 200 bis 250 Millionen ansteigen. Aber das ist immer schwer zu schätzen, weil es keine gute Definition dafür im Migrationsrecht gibt. Deswegen gibt es keine statistischen Aufzeichnungen

und wir können nicht überprüfen, wer aufgrund von Klimawandel geflüchtet ist und wer nicht. Das liegt auch daran, dass der Klimawandel im Gegensatz zur Naturkatastrophe ein stufenweiser Prozess ist.

Wie Sie selbst gesagt haben, wird Klimaflucht von der Genfer Flüchtlingskonvention nicht als ein Fluchtgrund anerkannt. Was bedeutet das für die Menschen, die weltweit vor menschengemachten Naturkatastrophen und Klimawandel fliehen müssen?

Dadurch, dass sie von der Genfer Flüchtlingskonvention nicht geschützt werden können, finden sie auch keinen internationalen Rechtsschutz und sie haben keine Schutzansprüche. Dadurch sind sie auf ihrer Flucht oft Menschenschmuggler_innen, Banden und anderen kriminellen Elementen ausgeliefert. Deswegen ist es auch so wichtig, dass die betroffenen Menschen auf der Flucht geregelte und sichere Möglichkeiten haben, um eine neue Heimat und hoffentlich auch eine sichere Wohnsituation zu finden.

Wer ist global und sozial gesehen am meisten von den Folgen des Klimawandels betroffen?

Treibhausemissionen sind der Grund Nummer Eins für den Klimawandel und der Großteil dieser Treibhausemissionen kommt von den entwickelten Industrieländern, also aus dem Westen. Es gibt jetzt auch einzelne Entwicklungs- und Schwellenländer wie China oder Indien, wo die Emissionen pro Kopf zwar schon beträchtlich sind, aber trotzdem viel geringer als die von den europäischen Staaten, der USA, Kanada, Australien und Japan. Das heißt, es ist unser Konsumniveau und unsere Lebensweise, die den Planeten so anheizt. Aber die Betroffenen, also die, die wirklich auswandern müssen, das sind oft die Ärmsten der Armen. Das heißt, das sind die, die nicht mal die Möglichkeit hatten, CO₂-Emissionen in so einem Ausmaß zu produzieren. In Afrika ist zum Beispiel fast der ganze Kontinent betroffen durch zunehmende Dürren, Starkregenereignisse und Meeresspiegelanstieg an den Küsten. Im Horn von Afrika müssen die Menschen, die in nomadischen Lebensweisen leben, dies jetzt aufgeben, weil die Dürren so stark sind, dass die Tiere nichts mehr zu fressen finden. Das heißt sie verlieren ihre Tierbestände, sie müssen aus ihren Lebensräumen abwandern und sich was Neues überlegen, von dem sie leben können.



Foto: Mohammed Mosadegh

Können Sie den Zusammenhang zwischen Armut und Klimaflucht erklären?

Im Zusammenhang von Armut spricht man hier auch von sogenannten „trapped populations“. Denn auch hier gilt wieder: mensch braucht Geld für Migration, also um sich Transportmittel, Essen und Schlafmöglichkeiten auf der Flucht leisten zu können. Manche haben dieses Geld nicht und sind dann in der Klimafalle gefangen. Wir sehen es zum Beispiel in Bangladesch, wo der Großteil der Migrationsbewegung im eigenen Land klimainduziert ist. Die Menschen ziehen immer häufiger von den Küsten weg, weil diese von Tropenstürmen heimgesucht werden. Sie kommen dann in die verarmten Slums der nahe gelegenen Städte und kommen von dort nicht mehr weg. Die, die etwas Geld zur Verfügung haben, können längere Strecken zurücklegen, während diejenigen, die nichts haben, in den Slums, in den Elendsvierteln und in den Flüchtlingslagern stecken bleiben.

Es sind also einerseits die ärmsten Länder der Welt, die von den Folgen des Klimawandels betroffen sind und innerhalb dieser Länder wiederum die Ärmsten der Bevölkerung. Das bedeutet letztendlich, dass der Klimawandel die Menschen trifft, die nichts oder fast nichts zu dem Problem beigetragen haben.

Wie Sie sagen, sind es vor allem die entwickelten Industrieländer, die für den derzeitigen Klimawandel verantwortlich sind. Denken Sie, dass es dann auch ihre Verantwortung sein sollte, den Menschen zu helfen, die die Folgen ihrer Taten tragen?

Genau. Die internationalen Mittel für eine Prävention von Klimakatastrophen sind aber viel zu gering. In der Klimakonferenz von Paris gibt es eine klare Festlegung von 100 Milliarden US-Dollar, die pro Jahr von entwickelten Industrieländern an Entwicklungsländer fließen sollen. Dieses Geld soll einerseits dafür verwendet werden,

um Klimaschutz zu betreiben, zum Beispiel durch den Aufbau von emissionsarmen Transportsystemen und andererseits um Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren, die dazu gedacht sind, beim Eintreten von Naturkatastrophen sofort zu helfen. Zwar wird im Abkommen davon gesprochen, dass das Budget gleichberechtigt zwischen diesen beiden Bereichen aufgeteilt werden sollte, aber es wird sehr wenig Geld für diese Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Was ist der Grund dafür?

Es wird Industriestaaten sehr einfach gemacht, etwas in diese Klimafinanzierungsbeiträge reinzurechnen. Wenn beispielsweise Österreich oder eine österreichische Firma ein Wasserkraftwerk in einem Entwicklungsland baut, bekommt es üblicherweise eine Exportkredithaftung. Das heißt, eine Exportkreditbank in Österreich kompensiert, wenn es einen Ausfall gibt, um damit die Exporte anzukurbeln. Solche Haftungen werden miteinkalkuliert. Auch Kredite, die von österreichischen Banken in Mitarbeit österreichischer Firmen an Entwicklungsländer vergeben werden, mit denen solche Projekte finanziert werden, werden miteinkalkuliert.

Die Anpassung ist aber ein ganz anderer Bereich, wo Hochwasserdämme, Landwirtschaft mit alternativen Bewässerungssystemen oder Frühwarnsysteme für Sturmschäden aufgebaut werden. Alle diese Maßnahmen erfordern große öffentliche Mittel und können nicht mit Krediten bezahlt werden, da sie keine laufenden Erträge liefern. Es heißt, es lassen sich auch oft wirtschaftliche Motive in der unterschiedlichen Finanzierung finden: Der Hochwasserdamm liefert keine Erträge für die Industriestaaten, das Wasserkraftwerk schon. Deswegen ist dieses Ungleichgewicht da, weil diese öffentlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, die Kredite jedoch schon. Und das kritisieren wir sehr stark. Denn bei der Klimafinan-

zierung sollte der Hilfsgedanke im Vordergrund stehen und nicht Geschäfte mit anderen Ländern.

Unsere Regierung ist ja vor kurzem aus dem Migrationspakt ausgetreten. Einer der vielen Gründe, die für diese Entscheidung genannt wurden, war, dass Umweltflucht kein Menschenrecht ist, wie es im neuen Paket gefordert wurde. Was ist Ihre Meinung dazu?

Wir sehen das als ein negatives Signal. Vor allem aus Sicht der Klimaflucht wird es in Zukunft Bewegungen von Millionen Menschen geben. Wir reden von 200 bis 250 Millionen Menschen, die alleine in den nächsten Jahrzehnten ihre Heimat verlassen müssen. Das wissen wir, weil auch der Klimawandel in den nächsten Jahren weitere Folgen haben wird. Darauf sollte man vorbereitet sein und wenn man jetzt schon in der Politik auf Abschottung setzt und nicht auf Zusammenarbeit, wird das zu humanitären Katastrophen führen. Man muss stattdessen ein besseres Regelwerk finden, mit dem man diesen Flüchtenden Rechte und Schutz geben kann, wie auch die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wohin sie gehen und was mit ihnen passiert. Die Betroffenen des Klimawandels sind ja unschuldig zum Handkuss gekommen. Sie können überhaupt nichts dafür, dass sie in diese Lage gekommen sind. Es ist also ganz wichtig, international bessere Rahmenbedingungen zum Schutz und zur geordneten Migration dieser Menschen zu schaffen. Dass Österreich nicht dabei ist, ist aus unserer Sicht unverantwortlich. Ich denke, es wäre sehr wichtig, dass Österreich bei diesen Prozessen eine wichtige Rolle spielt und sie nicht von vornherein ablehnt, nur weil das Etikett „Migration“ darauf steht.

Manche Expert_innen sprechen davon, dass man diesen Flüchtenden am besten helfen kann, wenn sie in der Genfer Flüchtlingskonvention inkludiert werden, wodurch sie offiziell als Flüchtlinge anerkannt werden und auch Schutz von anderen Staaten

beantragen können. Was halten Sie davon?

Das ist rechtlich eine durchaus heikle Frage. Die Genfer Flüchtlingskonvention ist sehr gut auf politische Flüchtlinge abgestimmt. Sie bietet diesen Menschen einen sehr klaren rechtlichen Schutz und wenn man anfängt diese zu verändern, besteht die Gefahr, dass dieser Schutz aufgeweicht wird. Ich persönlich glaube, dass es für klimainduzierte Flucht und Migration eine eigene Konvention geben sollte, wo auch Richtlinien geschaffen werden sollten, wie Klimaflüchtlinge in ihren eigenen Ländern geschützt werden können und wie ihnen geholfen werden kann. Denn der Großteil der Menschen, die vor Klimawandel und Naturkatastrophen fliehen, verlässt ihr Land nicht.

Bei dem Großteil handelt es sich also um sogenannte „Binnenflüchtlinge“? Ja, genau. Alleine mit der Aufnahme in die Genfer Flüchtlingskonvention ist das Problem also nicht gelöst. Aber natürlich muss es auch Möglichkeiten geben, nicht nur Hilfe vor Ort zu leisten und Menschen sicher über Grenzen hinweg an neue Orte zu bringen, wo sie sich ein neues Leben aufbauen können. Für Menschen, die auf kleinen Inselstaaten leben, wo das Staatsgebiet sukzessiv aufgrund des Meeresspiegelanstiegs verschwindet, ist das ein großes Thema. Dort, wo man vor Ort helfen kann und der Großteil Binnenflüchtlinge sind, sollte man auch direkt dort ansetzen. Bei anderen Fällen, wo man nicht vor Ort helfen kann, wie bei den Inselstaaten, braucht man andere Regelungen. Es ist aber auf jeden Fall wichtig, den betroffenen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und über ihr eigenes Schicksal mitbestimmen zu können.

Salme Taha Ali Mohamed studiert Geschichte und Linguistik an der Universität Wien.

Von klimatischer Wärme und sozialer Kälte

Bis zu 5,5 Grad Celsius mehr stehen Österreich bis 2100 ins Haus. Am meisten betroffen sind die, die dem Klima am wenigsten schaden: Geringverdiener_innen und Migrant_innen.

Wien, 13. September, eigentlich Frühherbst. Umweltministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP), der Chef des Klima- und Energiefonds, Ingmar Höbarth, und Willi Haas von der Universität für Bodenkultur (BOKU) betreten die Albert Hall in der Wiener Josefstadt. Leicht erhöht stehen sie auf einem kleinen Podium. Und schwitzen. An diesem Tag Mitte September zeigt das Thermometer 30 Grad Celsius. Den Bericht, den die drei in den nächsten 30 Minuten vor versammelter Presse präsentieren werden, bestätigt genau diese Szenerie: Es ist zu warm in Österreich. Viel zu warm.

Der an jenem Septembertag vorgestellte Special Report des Austrian Panel on Climate Change (APCC) macht deutlich: Wir werden in Zukunft nicht nur mehr schwitzen, sondern auch mehr husten, schlechter schlafen und häufiger niesen. Außerdem werden Infektionskrankheiten, die bis dato nur in subtropischen Regionen zugegen waren, künftig auch in Österreich zum Gesundheitsrisiko werden, übertragen von bisher kaum in Erscheinung getretenen Stechmücken und Zecken. 66 Wissenschaftler_innen, darunter Mediziner_innen, Klima- und Demographie-Expert_innen, die an dem 80 Seiten starken APCC-Druckwerk beteiligt waren, gehen in der Studie von einer Verdoppelung der Hitzetage¹ bis 2050 aus. Das, so warnt Haas, könne langfristig bis zu 3.000 Hitzetote jährlich nach sich ziehen – weit mehr, als jedes Jahr bei Verkehrsunfällen ums Leben kommen. Vor allem ältere und sozial schwächere Menschen – ganz besonders Migrant_innen – sind

von den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels betroffen.

DAS KLIMAABKOMMEN VON PARIS: EINE GESCHICHTE MIT TÜCKEN. Man könnte auch sagen: Allerhöchste Eisenbahn, um in Sachen Umweltschutz in die Gänge zu kommen. Doch den vielgeforderten Ehrgeiz, nicht zuletzt aufgrund der österreichischen Ratspräsidentschaft, sucht man in Regierungskreisen vergeblich. Schlagzeilen machte Türkis-Blau in letzter Zeit vor allem mit Vorhaben wie (neben dem Umweltschutz) auch noch das Wirtschaftswachstum in der Verfassung verankern zu wollen. Oder dem Plädoyer für eine Erhöhung der Maximalgeschwindigkeit auf Autobahnen. Langsam jedoch, so kritisiert der Klimasprecher der Umweltorganisation Global 2000, Johannes Wahlmüller, müssen wir uns Gedanken machen: „Was ist uns wichtiger: Unsere Gesundheit oder 10 km/h schneller fahren?“

Besonders Österreich sollte ein Interesse an einer möglichst ehrgeizigen Klimapolitik haben, weiß Reinhard Mechler, einer der Mitautoren des vielbeachteten Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)-Spezialreports. Der 780 Seiten dicke Sonderbericht, der Anfang Oktober vorgestellt wurde, empfiehlt den globalen Temperaturanstieg bis zum Jahrhundertende dringlichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das 2015 in Paris verabschiedete – und stark umjubelte – Zwei-Grad-Ziel reiche bei weitem nicht aus, um irreparable Schäden von Mensch und Natur abzuwenden. Von einem Meilenstein

in Sachen Klimapolitik war 2015 nach Verabschiedung des Pariser Abkommens die Rede. „Wir haben heute alle zusammen Geschichte geschrieben“, hieß es damals seitens des Deutschen Bundesumweltministeriums.

Heute weiß man: Diese Geschichte hat ihre Tücken. Es brauche einen „beispiellosen, noch nie dagewesenen Systemwandel“, warnt Sybille Chiari vom Zentrum für Globalen Wandel und Nachhaltigkeit an der BOKU Wien. Nicht nur für Inselstaaten, denen schon jetzt buchstäblich das Wasser bis zum Halse steht, sondern auch für Österreich. Aufgrund der alpinen Lage gehe man mit Blick auf den rasanten Temperaturanstieg in der Alpenrepublik von einer besonders „hohen Vulnerabilität“ aus. Genau diese Prognose bestätigt auch IPCC-Autor Reinhard Mechler. In Österreich, so erklärt Mechler bei der Vorstellung des Berichts in Wien, verzeichnen wir „bereits jetzt einen Anstieg um Plus zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter“ – während es im globalen Schnitt „nur“ 1,0 Grad sind.

DIE ZEICHEN STEHEN AUF SCHWITZEN. Mit dem eingangs erwähnten APCC-Bericht sowie dem unlängst veröffentlichten IPCC-Specialreport liegen die Fakten auf dem Tisch. Nicht nur liefern die beiden Berichte seitenweise Belege, Daten und Modelle, wie sich unser Klima bis zum Ende des Jahrhunderts entwickeln wird; darin enthalten sind auch Maßnahmen, welche auf den Weg gebracht werden müssen, um den drohenden Kollaps abzuwenden. Soll heißen: Es

gibt eigentlich wenig Spielraum für Ausreden. Nur: Daten, Fakten und Analysen sind das eine. Solange diese von Seiten der Politik, von Seiten der Regierung, nicht entsprechend umgesetzt werden, helfen die schönsten und tollsten Berichte nichts. Und genau hier stehen die Zeichen auf Schwitzen.

Die unlängst von der Regierung auf den Weg gebrachte Klima- und Energiestrategie, die sogenannte Mission 2030, hält Global 2000-Sprecher Wahlmüller für nett gemeint. Mehr aber auch nicht. „Wesentliche Maßnahmen sind nicht vorhanden“, außerdem fehle das Budget zur Umsetzung, kritisiert Wahlmüller. Ganz im Gegenteil: „Derzeit sägen wir an dem Ast, auf dem wir sitzen.“ Weder die Zielsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens, noch die Erfüllung der EU-2030-Ziele sei mit der Klimastrategie der Regierung realistisch, kritisiert die Umweltschutzorganisation Global 2000 in einem Analysepapier zur Mission 2030.

Man braucht kein_e Klimaexpert_in zu sein, um die Kernbotschaft aus den beiden Klimaberichten herauszufiltern: Für Österreich wird's demnächst klimatisch eher ungemütlich. Früher als uns das wohl allen lieb ist. Steigt die Temperatur weltweit bis 2100 um rund zwei Grad an, so wie das im Pariser Abkommen vorgesehen ist, bedeute das für Österreich „bis zu 5,5 Grad mehr bis zum Ende des Jahrhunderts“, warnt Ingmar Höbarth, Chef des Klima- und Energiefonds. Und spätestens, allerspätestens dann werde die „Klimakrise auch eine Gesundheitskri-



se“. Mit ein paar Schweißtropfen mehr auf der Stirn ist es bei weitem nicht mehr abgetan. Langsam könne man sich in Österreich über die Einführung einer „Siesta“ Gedanken machen, sinniert Höbarth, und weiß dabei nicht so recht, ob er nun schmunzeln oder grimmig dreinschauen soll. Vor allem für Arbeiter_innen, die bis zu zwölf Stunden täglich unter freiem Himmel arbeiten, Bauarbeiter_innen oder Dachdecker_innen beispielsweise, müsse man sich auch über solche Alternativen Gedanken machen. Auch wenn Österreich und Siesta ungefähr so klingt wie Spanien und Skifahren. Denn – auch das zeigt der APCC-Bericht – vom Klimawandel sind längst nicht alle im gleichen Ausmaß betroffen. Besonders exponiert sind einkommensschwächere, ältere Menschen und Migrant_innen. Schon jetzt haben insbesondere Menschen älter als 65 Jahre unter den steigenden Temperaturen, Hitzestress und den häufiger auftretenden Tropennächten² zu leiden. Derzeit geht man davon aus, dass sich die Zahl der Hitzetage bis 2050 in etwa verdoppeln werde. Bis 2100 gehe man im Osten Österreichs sogar von mehr als 50 Hitzetagen pro Jahr aus – das käme mancherorts einer Verzehnfachung gleich. Hinzu kommt, dass die Gruppe der über 65-Jährigen in naher Zukunft mit ziemlicher Sicherheit die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe sein wird. In zwölf Jahren, so die derzeitige Prognose, werden statt wie aktuell 1,6 Millionen rund 2,5 Millionen Österreicher_innen älter als 65 Jahre alt sein. Zur Jahrhundertmitte werden dann etwas weniger als 30 Prozent der Gesamtbevöl-

kerung im nicht mehr erwerbsfähigen Alter sein. Sowohl klimatisch als auch demographisch sieht sich Österreich also mit großen Herausforderungen konfrontiert.

Zum anderen sind es sozial schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen, die die veränderten Klimabedingungen am deutlichsten zu spüren bekommen werden. Besonders in dicht bebauten Stadtteilen, in Grätzeln mit wenig Grünflächen und hohem Verkehrsaufkommen, stellt die Belastung durch Luftschadstoffe ein Risiko dar. In jenen Stadtteilen also, in denen Mieten vergleichsweise günstiger sind und in denen tendenziell einkommensschwächere Menschen einen Platz zum Leben finden.

„Sowohl im globalen als auch im nationalen Rahmen“, so heißt es im APCC-Bericht, „weisen Menschen am unteren Ende der Einkommensverteilung größere Vulnerabilität auf, die durch den Klimawandel noch verschärft wird.“ Zu erwartende wirtschaftliche Einbußen in Folge veränderter klimatischer Bedingungen werden diesen Teil der Bevölkerung am gravierendsten betreffen. Hinzu kommen ein Mangel an „finanziellen Mitteln, verschiedene strukturelle, rechtliche und kulturelle Barrieren“ sowie ein „eingeschränkter Zugang zur lokalen Gesundheitsinfrastruktur.“ All das zusammengenommen führe zu einer „Beeinträchtigung der Lebensqualität, zu reduzierter Konzentrations- und Leistungsfähigkeit bis hin zur Belastung des Herz-Kreislauf-Systems, der Atemwege und im Extremfall zum

Tod.“ Im Umkehrschluss heißt das, Einkommensschwächere haben unter den klimatischen Veränderungen gleich doppelt zu leiden: Sie sind es, die aufgrund beschränkter finanzieller Mittel tendenziell in Gegenden leben, in denen die gesundheitlichen Folgen besonders zu spüren sind; sie sind es auch, die am schwierigsten Zugang zu Behandlungs- und Vorsorgemaßnahmen erhalten.

JE HÖHER DAS EINKOMMEN, DESTO SCHLECHTER FÜRS KLIMA. Bereits jetzt wisse man, so macht Haas von der Universität für Bodenkultur deutlich, dass Österreicher_innen mit Pflichtschulabschluss eine Lebenserwartung haben, die um 6,2 Jahre geringer ist als jene von Akademiker_innen. In aller Deutlichkeit – und Grausamkeit – war dies während des Hitzesommers im Jahr 2003 zu beobachten, dem wärmsten Sommer seit Aufzeichnungsbeginn. Während die Temperaturen regelmäßig die 35-Grad Marke überschritten, war die Zahl der Hitzetoten in den einkommensschwächeren Wiener Bezirken ungleich größer als in wohlhabenderen Gegenden. Dabei mangle es oft nicht nur an finanziellen Mitteln, die den Zugang zum Gesundheitssystem erleichtern könnten, sondern auch am Bewusstsein für eine adäquate gesundheitliche Vorsorge. Menschen aus bildungsferneren Schichten, so heißt es im Bericht des APCC, seien schwerer mit entsprechenden Informationsangeboten zu erreichen, achten im Schnitt weniger auf eine ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung.

Klimawandel bedeutet nicht nur ein bisschen weniger Regen dort, ein bisschen mehr Sonne da. Die Veränderung von Niederschlag, Durchschnittstemperatur oder Schadstoffbelastung hat weitreichende politische wie soziale Folgen. Mit Bezug auf Österreich lässt sich in Sachen Klimawandel – wie derzeit in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen – eine Umverteilung von Unten nach Oben ausmachen. Es sind ältere und sozial schlechter gestellte Menschen, die in mehrfacher Hinsicht unter den klimatischen Veränderungen zu leiden haben. Auf der anderen Seite zeigen diverse Studien: Je höher das Einkommen, desto negativer die Auswirkungen aufs Klima. Mit steigendem Einkommen werden die Wohnungen größer, Autos PS-stärker, Flugreisen häufiger, Smartphones und Flatscreens zahlreicher. Wer mit dem SUV zum Bio-Laden fährt, besänftigt vielleicht das eigene Gewissen, das Klima aber wohl kaum.

¹ Tage mit einem Temperaturmaximum über 30 Grad.

² Von Tropennächten spricht man, wenn das Thermometer nachts nicht unter 20 Grad fällt.

Johannes Greß studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

(Klima)Wandel an der Universität?

Der Klimawandel ist die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Was tun Österreichs Hochschulen, um eine Klimakrise abzuwenden? Bleibt noch genug Zeit?



Max Hollweg möchte die Hoffnung nicht aufgeben. „Wir haben ja genügend Lösungen“, sagt er, „man müsste sie nur umsetzen.“ Der 26-Jährige engagiert sich seit über drei Jahren in der Studierendengruppe „oikos“ an der WU Wien. Diese Gruppe von rund 20 Interessierten möchte, dass Nachhaltigkeit Thema in der Wirtschaft und der Öffentlichkeit wird. Deshalb organisiert „oikos“ zum Beispiel Projekte in Schulen und einen jährlichen Nachhaltigkeitstag. Dieses Jahr organisierten sie außerdem eine Summer School und konnten ein Paper zum Thema Nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs) an Bundespräsident Alexander van der Bellen übergeben. „Wir fordern, dass die Lehre vor allem in der Wirtschaft pluralistischer wird“, sagt Max Hollweg und rückt die dünne silberne Brille zurecht. „Wir glauben an eine gesellschaftliche Veränderung, dass die Herausforderungen des Klimawandels lösbar sind. Die Frage ist nur, ob wir dabei schnell genug handeln.“ Hollweg ist mit diesem Zweifel nicht alleine.

Der Klimawandel ist das Thema des 21. Jahrhunderts. Erst kürzlich veröffentlichte der Weltklimarat IPCC einen neuen Bericht über eine „1,5 Grad-Welt“, in dem er die „letzte Chance“, den Klimawandel einzudämmen, feststellt. In zwölf Jahren könnte es soweit sein, dass die Erde sich auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau erwärmt hat. Damit wäre ein sogenannter „tipping point“ erreicht. Das würde nicht mehr rückgängig zu machende Veränderungen bedeuten, heißt es in dem Bericht. Politisch scheint die Verpflichtung zum Klimaschutz klar. „Es gibt kein Zurückweichen aus dem Pariser Abkommen“, sagt EU-Präsident Jean-Claude Juncker. Bei der Umsetzung sieht es aber anders aus: In den letzten Jahren hat Österreich kaum etwas zur Senkung seiner CO₂-Emissionen getan, obwohl sich die EU zu einer Senkung um 45 Prozent bis 2030 verpflichtet hat. Den Universitäten kommt in vielen gesellschaftlichen Veränderungen eine Schlüsselrolle zu. 50 Jahre nach der 1968er- Bewegung

erscheint es an der Zeit für eine neue Revolution: Könnten die Universitäten Wiege einer Veränderung hin zu Klimaschutz als Selbstverständlichkeit sein?

STUDIERENDE ORGANISIEREN SICH. WU-Student Max Hollweg zuckt mit den Schultern, wenn man ihn danach fragt. Er sieht das Engagement seiner Universität, der WU Wien, mit kritischem Blick. Es sei vorhanden, aber nicht durchgängig. Fred Luks ist dagegen zufrieden. Er ist Leiter des Kompetenzzentrums für Nachhaltigkeit an der WU Wien. „Wir sind zwar nicht die BOKU, aber das WU-Klischee stimmt auch nicht“, sagt er und schmunzelt. Viele der Studierenden seien interessiert an den Themen in Zusammenhang mit Nachhaltigkeit und Klimawandel. Er glaubt, dass die WU einen guten Beitrag leistet. Neben einem Pflichtfach, „Zukunftsfähiges Wirtschaften“, achtet die WU auch in ihrem Betrieb auf Umweltthemen: 80 Prozent der Heizung wird durch eine Geothermie betrieben, außerdem bietet

die Universität zum Beispiel einen Master in Sozio-ökonomie. „Wer die WU verlässt und nichts über den Klimawandel weiß, ist eine große Ausnahme“, sagt Experte Luks mit Überzeugung. Hollweg von „oikos“ stimmt da nicht zu. Er glaubt, die WU tue nicht genug: „Es gibt sehr große Unterschiede im Interesse der Studierenden. Entweder sie engagieren sich massiv oder ihnen ist das Thema egal“, sagt der Student. Er bedauert, dass die WU es den Studierenden nicht leichter macht, sich einzubringen. „Die Universität könnte uns mehr unterstützen. Wir haben nie Finanzierungen von ihnen bekommen. Aber auch bei der Buchung von Räumen laufen wir gegen Mauern – die klappen fast nur über Kontakte“, sagt Hollweg. Man solle die Bedürfnisse von Studierenden ernst nehmen: „Es geht ja um unsere Zukunft.“

Dieser Ansicht stimmt Lisa Bohunovsky zu. Sie ist stellvertretende Leiterin des Zentrums für Nachhaltigkeit und Globalen Wandel der Universität für Bodenkultur in Wien. Studierende spielen für sie eine zentrale Rolle bei Veränderungen an der Universität. Selbst an der BOKU brauche es neue Impulse, sagt sie. „Das Fach ökologischer Ackerbau wurde von Studierenden initiiert. Ohne solche jungen Menschen kommen wir nicht weiter“, sagt die Expertin. An der BOKU in Wien gäbe es viele interessierte Studierende, die Universität bietet unterschiedliche Studiengänge und Kurse zum Thema Klimaschutz an und engagiert sich für eine Minderung ihres CO₂-Ausstoßes.

An der BOKU sieht Bohunovsky viel positive Veränderung hin zu einer Thematisierung des Problems, aber auch Ausbaubedarf: Nicht jede_r Studierende werde zwingend mit dem Thema konfrontiert, so Bohunovsky. Außerdem gibt es an der BOKU keine Regelung bezüglich der Geschäftsreisen von Forschenden. „Viel zu viele reisen mit dem Flugzeug“, sagt Lisa Bohunovsky.

ALLIANZ NACHHALTIGER UNIVERSITÄTEN: WER IST DABEI? Die Expertin kümmert sich nicht nur an der BOKU um Nachhaltigkeit, sie ist auch Koordinationsstelle der „Allianz nachhaltige Universitäten“. „Unser Ziel ist es Nachhaltigkeit in Forschung, Lehre und Betrieb stetig zu unterstützen“, so Bohunovsky. In ganz Österreich sind 15 Universitäten Teil der Gruppe. Gemeinsam wollen sie Neues versuchen, auch an ihrer Universität sieht sie noch Verbesserungsbedarf: „Das Thema gewinnt mehr und mehr an Bedeutung, doch es ist ein langsamer Prozess.“ Laut Bohunovsky gehört Österreich im internationalen Vergleich zu den Vorreitern, da es die Allianz für nachhaltige Universitäten schon seit 2012 gibt. Auch die zahlreichen Arbeitsgrup-

pen, die Teil der Allianz sind, sorgen für Aufsehen, genauso wie die explizite Beteiligung von Studierenden. Gerade gibt es jedoch eine starke, internationale Bewegung unterschiedlicher Hochschulen, vor allem jener aus der Wirtschaft, mit der versucht wird, Nachhaltigkeit und den Klimawandel zu thematisieren.

Fast alle großen Universitäten sind mittlerweile Teil der Allianz nachhaltige Universitäten, nur zwei der größten Universitäten Österreichs sind noch nicht dabei: Die Uni Wien und die TU Wien. Dennoch wollen diese Universitäten sich auch im Bereich Klimawandel engagiert positionieren. „Die Universität Wien hat sich zuletzt in ihren Leistungsvereinbarungen für den Zeitraum 2019-21 mit dem Wissenschaftsministerium dazu bekannt, Antworten auf gesellschaftliche Fragen zu identifizieren. In diesem Zusammenhang prüft die Universität Wien auch einen Beitritt zur Allianz nachhaltiger Universitäten“, gibt die Pressestelle auf Anfrage an. Auch im Universitätsbetrieb nimmt man Veränderungen in Richtungen Nachhaltigkeit vor: „Bei allen Neubauten der Universität Wien wird auf Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit ein besonderer Fokus gelegt.“ Außerdem achtet die Universität laut der Pressestelle in ihrem Betrieb und der Investition des Vermögens der Universität auf umweltfreundliche Lösungen. Auch die TU Wien möchte sich der Nachhaltigkeit verpflichtet wissen. Die Pressestelle gibt auf Anfrage an, dass sie eine Vielzahl an Lehrveranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit anbieten. Auch in der Forschung setzte man Schwerpunkte, vor allem in Hinblick auf erneuerbare Energie. Eine verpflichtende Lehrveranstaltung zu dem Thema gibt es aber nicht. Warum die TU Wien nicht Teil der Allianz nachhaltige Universitäten ist, konnte die Pressestelle progress nicht beantworten.

VERNETZUNG IN GANZ ÖSTERREICH. Mit der „Allianz nachhaltige Universitäten“ sind Hochschulen aus ganz Österreich vernetzt: In Klagenfurt setzt sich die Alpen Adria Universität (AAU) für einen CO₂-neutralen Betrieb ein und erweitert ihr Lehrangebot und ihre Forschung in Sachen Klimawandel. „Wir versuchen auf jeder Ebene nachhaltig zu handeln“, sagt Pressesprecherin Romy Müller, „das reicht von unseren auf doppelseitig voreingestellten Druckern bis hin zu einem umfassenden Lehrangebot im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit.“ Auch das aktive Einbringen der Studierenden ist der AAU wichtig. Als ein die Studierenden explizit betreffendes Thema, setzte sich eine Gruppe erst kürzlich mit dem Abfallproblem von einmal verwendbaren Binden und Tampons auseinander. Im Rahmen der Aktion „my bloody waste“ türmten die Student_innen einen Turm aus

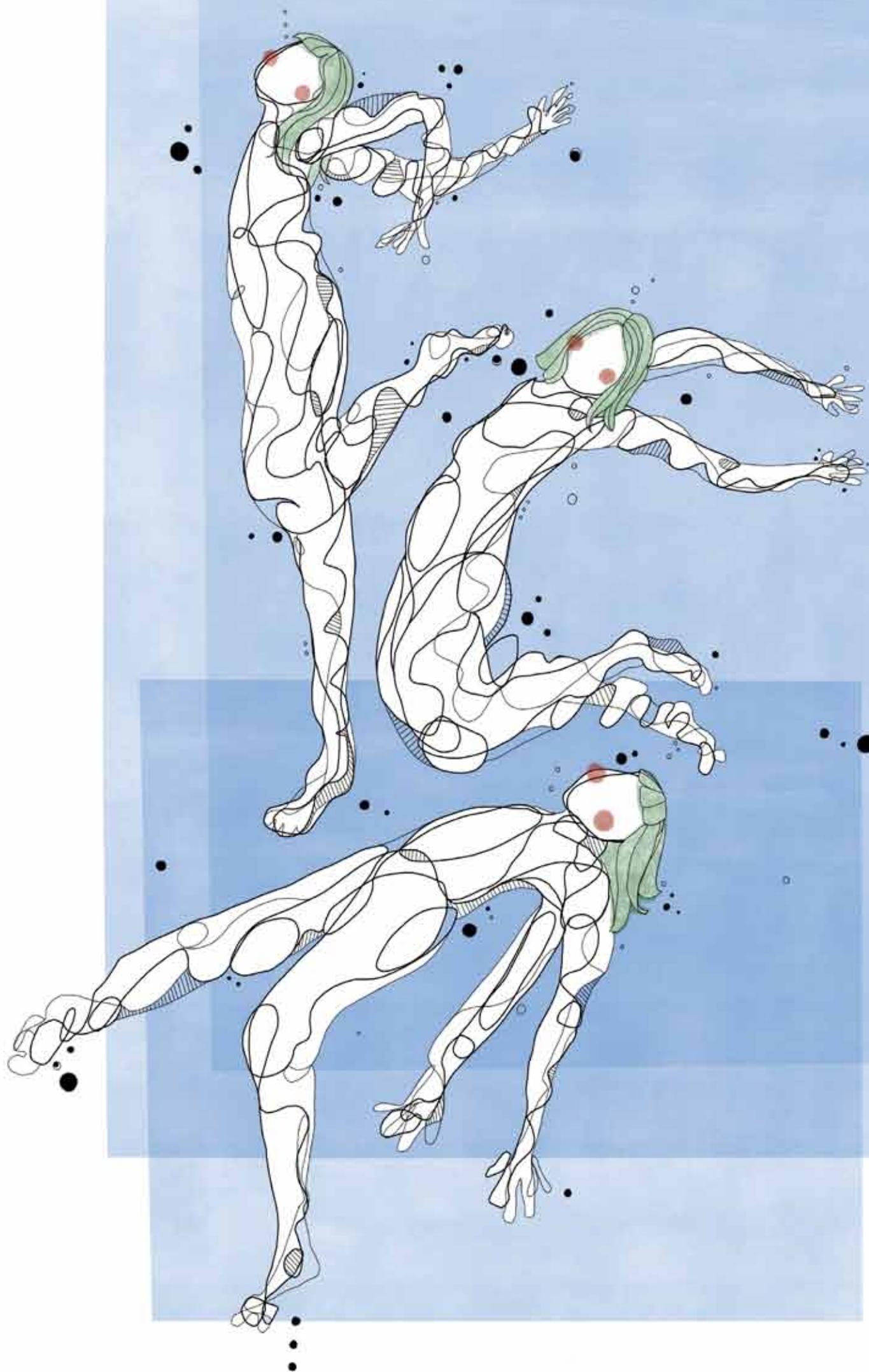
den Einmalprodukten, die die durchschnittliche menstruierende Person im Leben verbraucht, in der Klagenfurter Innenstadt auf.

Auch an der TU Graz bemüht man sich. Allein im Bereich Mobilität sind die Maßnahmen der Universität weitreichend: Sie subventionieren ein Ticket für öffentliche Verkehrsmittel um 50 Prozent und stellen außerdem Fahrräder für Lehrende und Studierende zur Verfügung. 1.400 Fahrräder gibt es inzwischen in Graz. Damit sollen die Treibhausgasemissionen durch die Mobilität der Lehrenden und Studierenden minimiert werden. Günther Getzinger ist an vielen solchen Projekten beteiligt. Er ist ebenfalls Teil der Allianz für nachhaltige Universitäten und leitet darin die Arbeitsgruppe für Mobilität. Getzinger möchte sich aber keinesfalls mit dem jetzigen Engagement der TU Graz zufriedengeben. „Man darf nie zufrieden sein“, sagt der Experte.

In Getzingers Sinne denkt auch Lisa Bohunovsky von der BOKU: „Man könnte immer mehr machen“, sagt sie. Spätestens seit dem Intergovernmental Panel on Climate Change Report weiß man, dass die Zeit drängt, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. 12 Jahre klingen nach einer sehr kurzen Zeit, um globale Veränderungen zu bewirken. Die bedrückende Frage, ob eine Klimakrise überhaupt noch zu verhindern ist, steht im Raum. Die meisten Professor_innen und Expert_innen schauen zu Boden, schütteln den Kopf. „Es ist nicht auszuschließen, dass es zu spät ist“, sagt Fred Luks von der WU Wien. Anders denken viele der engagierten Studierenden: „Ich hoffe, dass noch genug Zeit bleibt“, lächelt Max Hollweg mutig. „Wenn wir zusammenhalten, schaffen wir das.“ Darin stimmt ihm auch Günther Getzinger von der TU Graz zu: „Ich wünsche mir, dass alle Universitäten Teil der Allianz werden.“ Innerhalb der Allianz besteht ein Konsens: Einerseits können Universitäten zum Entstehen von neuem Wissen beitragen, indem sie Forschung zum Klimawandel und zu umweltrelevanten Themen beitragen. Durch ihre Größe sind Hochschulen jedoch auch Akteur_innen, die durch einen umweltfreundlichen Betrieb viel bewegen können. Vor allem aber haben Universitäten, Fachhochschulen und Schulen als Ausbildungsinstitutionen eine Schlüsselrolle: sie bestimmen, was die relevanten Themen der nächsten Generation sind. Ob Klimaschutz dazugehört, liegt also in den Händen dieser Institutionen.

Clara Porak, 20, studiert Germanistik und Bildungswissenschaften in Wien.

FEUILLETON



FREIHEIT IST KEINE METAPHER



Ein Rundumschlag, der trotzdem sitzt: Das ist der Sammelband *Freiheit ist keine Metapher*, den Vojin Saša Vukadinović gerade herausgegeben hat. Er hält den Feminismus „für eine Frage der Intelligenz“ und bringt beide in Stellung gegen die „Karikaturen geschlechter-, migrations- und sexualpolitischer Emanzipationsbestrebungen“: linke Identitätspolitik und ihre Absage an den Universalismus: die teilweise abstrusen Auswüchse der linken Identitätspolitik. Sie erweisen, so der Tenor, der titelgebenden Freiheit im besten Fall einen Bärendienst. Die 38 längeren und kürzeren Texte kritisieren Menschenfeindlichkeit im linken Gewand, etwa die Legitimation von Selbstmordattentaten auf queerfeministischem Ticket. Sie schildern die kindisch-aggressive Kritikunfähigkeit

des Antizionismus, sie berichten von Erfahrungen mit Ausländerbehörden, überheblich-identitären Linken oder den Schwierigkeiten auf der Flucht, während man gerade seine eigene Homosexualität entdeckt.

Neben vielen kürzeren, teils anekdotischen Texten versammelt das Buch einige Abhandlungen im Sinne einer Gesellschaftskritik, die tatsächlich auf Freiheit zielt: Dennis Schnittler etwa schreibt in „Der ewige Neger“ eine Kritik des Rassismus. Sie hebt sich von der essentialistischen Theorie von der ‚gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘ und der Opferhierarchie der critical whiteness vor allem dadurch ab, dass sie die materiellen Bedingungen des Rassismus – Kapitalismus, Sklaverei, Lohnarbeit – berücksichtigt. Ein ganzes Kapitel des Sammelbandes widmet sich bestens informiert der „Popularität des unkritischen Werks von Judith Butler“, ein weiteres dem Kulturrelativismus und Rassismus von links. Dieses Denken in identitären Kollektiven, das schnell in Verfolgung mündet, steht der Freiheit des Individuums ebenso im Weg wie

tatsächlicher Islamkritik. Wie diese hier geübt wird, hat sie vielleicht das Zeug dazu, dem antimuslimischen Ressentiment wenigstens ein bisschen das Wasser abzugraben.

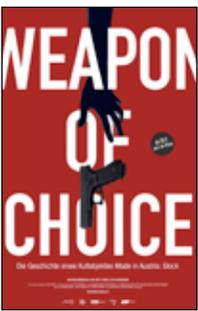
Niemand wird, hoffentlich, mit allen 498 Seiten des Buches restlos einverstanden sein – sogar „die Autorinnen und Autoren vertreten keinen einheitlichen politischen Standpunkt“. Aber in der Fülle der Texte ist sicher für alle noch etwas Neues, Interessantes dabei. Und auch, wer sich fragt warum niemand, der bei Trost ist – nicht mal Linke – die real existierende Linke mag, ist mit dem Sammelband gut beraten. Auch dazu, wie es anders zu machen wäre.

Vojin Saša Vukadinović (Hg.): *Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik*. Berlin, Querverlag 2018. 20 Euro.

Nikolai Schreiter studiert Politikwissenschaft an der der Universität Wien.

Film-Rezension

ROCK AROUND THE GLOCK



Der Dokumentarfilm „weapon of choice“ beinhaltet alle Charakteristika eines guten Spielfilms. Es gibt einen Steuerexperten, der Panama-Charlie heißt, aber seit Jahren hinter Gitter sitzt, weil er einen Mord in Auftrag gegeben haben soll – der beauftragte Killer, ein ehemaliger französischer Fremdenlegionär, soll das Opfer in einer Parkgarage mit einem Gummihammer versucht haben umzubringen. Das Opfer, überlebend und klagend – ein mittlerweile wirklich alter österreichischer Ingenieur, der die Waffenwelt revolutioniert hat. Fiktion? Nein, absolut nicht. Nur eine nicht allzu bekannte Geschichte um eine österreichische Waffenfirma. So actionreich wie im ersten Absatz beschrieben geht es dann doch nicht zu, aber

die beiden Filmemacher_innen Fritz Ofner und Eva Hausberger verstehen es, das Puzzle rundum um die Glock-Pistole langsam aufzubauen, ohne dass es langweilig wird. Danach kennt man die wichtigsten Facetten und gleichzeitig Dilemmata.

Das Opfer beim Gummihammer-Anschlag war Gaston Glock. Der Ingenieur hat Anfang der Achtziger – trotz weniger Vorkenntnisse was Waffen angeht – eine Pistole entwickelt, die bahnbrechend in ihrer Eigenschaften war. In unter einer Minute kann man sie zerlegen, sie ist leicht – weil viel Plastik und dadurch schnell in der Herstellung – und verlässlich. Wenn man abdrückt, kommt was raus. Ladehemmung: nie. Das österreichische Bundesheer war der erste große Abnehmer. Glock ist zum Weltmarktführer bei Handfeuerwaffen aufgestiegen – besonders beliebt in den USA, wo die Glock von der Polizei aus die Herzen der Amis erobert hat. Ich würde das nie so formulieren, wenn in „weapon of choice“ nicht

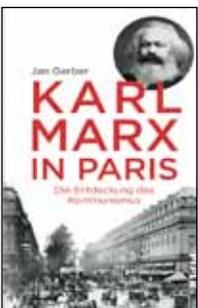
Menschen vorkämen, die behaupten, ihre Glock sei mittlerweile ein Teil ihres Körpers geworden. Bis das erste Mal in der Doku geschossen wird, vergeht einige Zeit. Wohl ganz bewusst. Erst durch den Schuss bekommt dieses bisschen Plastik und Metall seinen furchteinflößenden Charakter. Der kommt dank der US-Pop- und Hiphopwelt auch nicht aus der Mode. Reim doch spontan ein Wort auf Glock. Wie viele potenzielle Reime gibt's? Und dass nicht nur der amerikanische Hip Hop nach der Pfeife Glocks tanzt, beweist insbesondere die österreichische Innenpolitik. Doch dafür empfehle ich nicht nur die Recherchen von Ofner und Hausberger, sondern auch jene der Rechercheplattform Dossier.

Weapon of Choice (A, 2017). Regie: Fritz Ofner und Eva Hausberger.

Konstantin Vlasich, Autor und Journalist, studiert Internationale Entwicklung.

Buch-Rezension

DIE ENTDECKUNG DES KOMMUNISMUS



Pünktlich zum Marx-Jubiläumjahr veröffentlicht der Piper Verlag Jan Gerbers neues Buch „Marx in Paris“. Dieses darf in Anbetracht der Flut an qualitativ eher fragwürdigen Publikationen, gut und gerne als Lichtblick gesehen werden. Etwas stimmt nicht mit den Marx'schen Kategorien, zitiert Gerber zustimmend den frühen Vertreter der Kritischen Theorie und Horkheimer-Intimus Friedrich Pollock. Den Ausspruch, den Pollock 1941 angesichts veränderter polit-ökonomischer Verhältnisse und dem Aufstieg des Nationalsozialismus tätigte, nimmt Gerber auf, um sich selbst auf die Suche nach der Genese jener Kategorien zu machen. Dafür folgt er dem frühen Marx von Deutschland nach Paris und

zeichnet Linien der Entwicklung nach. Begriffe, Konzepte und Ideen Marx' waren dabei nie so starr und widerspruchlos, wie es manche Dogmatiker_innen in späteren Zeiten gerne gehabt hätten. Marx nahm vieles von Zeitgenoss_innen auf und synthetisierte es zu Neuem. Dabei stellt Gerber Marx' Lebenswerk in Zusammenhang mit vorherrschenden Ideen und Bewegungen seiner Zeit, die sich in Reaktion auf polit-ökonomische Verhältnisse entwickelten.

Gerber selbst will trotzdem zumindest einen Punkt festhalten, den uns Marx auch heute noch vermitteln kann – und zwar das Festhalten an dem uneingelösten Versprechen von etwas Besserem als das, was ist. Kritik sei darum der „Dreh- und Angelpunkt des Marx'schen Kommunismus“ gewesen. Marx' kategorischer Imperativ, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, ziehe sich durch sein gesamtes Werk und sollte entspre-

chend ernst genommen werden. Gerber hält dies fest sowohl gegen realsozialistische Regimes als auch gegen aktuelle Revisionist_innen, die in den Feuilletons aller großen deutschen Zeitungen die Aktualität Marx' betonen und dabei selten zum kritischen Kern vordringen. Alles in allem ist die Biographie gerade jenen zu empfehlen, für die Marx noch Neuland ist; aber auch für Marx-„Kenner_innen“ ist vielleicht der eine oder andere Leckerbissen dabei. Theoretische Neuheiten dürfen zwar nicht erwartet werden, trotzdem stellt das Buch einen wertvollen Beitrag zum Verständnis der Marx'schen Kategorien dar. Der angenehme und heitere Ton Gerbers macht das Buch besonders lesenswert.

Jan Gerber: *Karl Marx in Paris. Die Entdeckung des Kommunismus*. Piper-Verlag 2018, 238., 22 Euro

Colin Kaggl studiert derzeit noch Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Wien.

EINLADUNG ZUM WÜTENDSEIN



„Das Schlimmste, was uns nach der Schule oder dem Studium widerfährt, ist nicht der Kredit, den wir abbezahlen, oder die Trennung von der Langzeitbeziehung. Es ist die Diagnose: 40 Jahre Erwerbsarbeit, täglich verabreicht in Form von lähmenden Dosen, die politisch mit der utopischen Annahme gerechtfertigt werden, dass wir arbeiten, weil es uns erfüllt“, schreibt die freie Autorin, Journalistin und Social-Media-Konzepterin Bianca Jankovska in ihrem *Millennial Manifest*. 1991 als Tochter einer Slowakin und eines Österreicherers in Wien geboren, betreibt sie nicht nur einen badass Instagram-Account, in dem sie täglich ungeschönte Einblicke in die Höhen und Tiefen ins

Leben als Selbstständige gibt, sie hat mit ihrem ersten Buch auch eine Kampfschrift für unsere Generation verfasst. Dabei bricht sie immer wieder mit dem Klischee, Millennials seien undankbare, selbstverliebte Idiot_innen. Vielmehr macht sie klar, dass es an der Zeit ist, sich aufzulehnen. Gegen eine Welt, die uns die Babyboomer hinterlassen haben. Eine Welt, die uns verspricht, dass wir alles erreichen können, wenn wir uns bloss genug anstrengen. Jankovska zeigt auf, dass es nämlich verdammt schwierig sein kann, in einem starren, klassistischen System sein Glück zu finden. Und ruft gleichzeitig dazu auf, dieses Glück neu zu definieren. Seine Zufriedenheit nicht über die Anzahl Instagram-Likes, Tinder-Matches oder Arbeitsstunden am Ende der Woche aufzuwiegen. Sich zu wehren gegen Chef_innen, die einen klein halten anstatt zu fördern. Endlich aufzuhören mit den ständigen Vergleichen mit anderen. Das „Millennial Manifest“ ist deshalb nicht bloß eine Einladung

zum Wütendsein, sondern auch eine kleine Kapitalismuskritik. Einen einzigen Wermutstropfen gibt es dennoch zu betrauern: Bei allen gerechtfertigten Anklagen wünscht man sich von der Autorin ein wenig mehr Reflexion der eigenen Privilegien. Und allenfalls mehr Inklusion, ein Nachdenken darüber, wie es nicht-weißen Menschen in unserem System geht, wie sich die LGBTQI-Community fühlt oder was es bedeutet, mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze eine Familie durchfüttern zu müssen. Denn auch davon sind Millennials heutzutage betroffen. Wer weiß, vielleicht gibt es bald eine Fortsetzung des Manifests, genug bekommen kann man von Jankovskas Schreibstil sowieso nicht.

Bianca Jankovska: Millennial Manifest. rohwohlt-Verlag 2018. 10 Euro.

Miriam Suter ist Journalistin in der Schweiz.

Zweimal hingehört

FARCE
HEAVY LISTENING

MARIE LUISE: Farce, das ist die Musikerin Veronika J. König. „Ich sehe im vorbeifahrenden Auto den Unfall mitvorbeifahren in Zeitlupe und rueckwärts“ ist eine EP, die sie 2017 auf Metamatter Records herausgebracht hat. Jetzt ist das große Debutalbum auf dem Label Futuresfuture erschienen. Gelobt wird es durch die Bank. Es handelt sich hier um Popmusik, als Nachschlag könnten Schlagworte wie Eurotrash verwendet werden, Trap Beats, House-Rhymen, auch tranciges mischt sich darunter. „Ich mag es, dass es irgendwie lärmig ist und nicht professionell produziert klingt [...]“ sagt Veronika J. König gegenüber music.austria. Stilbewusst millennial ist die Musik und sind die Videos die es schon gibt, „I hate Berlin“ ist eine Kollaboration mit der Künstlerin Blaqtea die auch als Ebow bekannt ist. Gemeinsam stehen sie in Spittelau vor Gebäuden in denen aktuell die Akademie der bildenden Künste untergebracht ist, Sonnenbrillen mit roten Gläsern, später pinke Plüschkrägen und Schals im Türkenschanzpark. Farce selbst nennt ihren Stil „crying at the discoteque“. Die vier Wörter stehen in Blockbuchstaben auf ihrem Soundcloud Profil, sucht man in der nahen Vergangenheit, findet man einen gleichnamigen von 2000 stammenden internationalen Hit des schwedischen Euro-Trash-Trios Alcazar. Alles in allem bevölkert melancholischer Autotune-Trash die Platte „heavy listening“ und das soll in keiner Hinsicht negativ gelesen werden.

Katja Krüger hat Slawistik und Germanistik an der Universität Wien studiert.

KATJA: FARCE ist relativ frisch aufgeschlagen in der Wiener Poplandschaft und bespielte letztes Jahr z.B. das Popfest, heuer das Donaufestival und die Wiener Festwochen im Rahmen des Hyperreality. Als ich sie zum ersten Mal live gesehen habe, spielte sie unter anderem eine Coverversion von Drakes „Hotline Bling“ und ihre düstere Bühnenpräsenz, gepaart mit der Auswahl des Songs, überzeugte mich sofort. „Heavy Listening“ bringt viele schleppende Beats, verzerrten Vocoder-Gesang und Synthesizerschichten zusammen und es kommt mehr oder weniger experimenteller Elektropop dabei raus. Das Ganze hat einen harten DIY-Einschlag, ist schließlich auch im Schlafzimmer produziert und somit sympathisch authentisch. Eine junge queere Künstlerin also, diese Veronika König, die hoffentlich noch viel veröffentlichen mag. Auch gerne noch in Kollaboration mit anderen Künstler_innen, denn „I Hate Berlin“ (mit blaqtea) ist definitiv ein Highlight auf dem Album.

MILE ME DEAF
HDD BACKUP

KATJA: Mile Me Deaf machen seit 14 Jahren Musik und haben auch fast eben so viele LPs veröffentlicht (mit allen EPs zusammengerechnet ist der Outcome definitiv höher als eine Veröffentlichung pro Jahr). Ich mutmaße, dass Wolfgang Möstl als Mastermind hinter Mile Me Deaf auf diese Weise Anspruch auf einen Platz im Guinness Buch der Österreichrekorde hätte! Mal ganz abgesehen von seinen Arbeiten als Producer, aber das ist eine andere Geschichte. Nun ist „HDD Backup“ das erste Album von Mile Me Deaf ohne extra eingespielte Stücke sondern als Zusammenstellung von noch nie veröffentlichten Tracks. Es wäre nicht Wolfgang Möstl wenn es nicht ein Doppelalbum wäre und 90 Minuten dauern würde. Ob dieser Mensch überhaupt Freizeit hat? (Mile Me Deaf ist NICHT seine einzige Band btw!) Fast unnötig zu erwähnen ist also dass sich die Platte aus sehr vielen verschiedenen Styles und Dekaden zusammensetzt, sodass kein einheitliches Ganzes entsteht sondern ein

Kaleidoskop eines Tausendsassas. Immer ein bisschen Lo-Fi, ein bisschen Noise, ein bisschen Rock. Insgesamt also sehr abwechslungsreich und eine lohnende Ergänzung unserer Mile Me Deaf Archive.

MARIE LUISE: Altes mischt sich hier mit neuem. Wir lernen: Backups lohnen sich. Wolfgang Möstl ist mittlerweile eine Art Urgestein der österreichischen Musiklandschaft, hat schon auf aller Welt in verschiedensten Bandkonstellationen konzertiert, er hat den Nino aus Wien und Voodoo Jürgens produziert, steht mit Clara Luzia auf der Bühne und ist für die Musikkomposition bei Theaterproduktionen verantwortlich. Das Album hat keinen durchgängigen Stil, es lassen sich unterschiedliche Arbeitsperioden heraushören. Ähnlich wie ein Mixtape oder eine Collage hört sich das an. Diese Platte geht hier ins Ohr und ist dort Low-Fi, roh und schrill. Pop reiht sich an psychedelische Songs, die sich an Shoegaze-Stücke reihen, auf die Kompositionen folgen, die man Chillwave nennen kann. Ich bleibe ein bisschen ungeschlüssig zurück. Mit einigem kann ich etwas anfangen, anderes ist mühsam, vielfältig ist es auf jeden Fall und vielleicht ist nach so vielen Jahren Bandgeschichte Vielfalt ein Qualitätsmerkmal, denn Entwicklung ist auch Fortschritt.

Marie Luise Lehner studiert Drehbuch und Ton an der Filmakademie und Kunst und Digitale Medien an der Akademie der bildenden Künste in Wien.



WISSENSCHAFT UND POLITIK

Runter von der Matte!

Rechtsextremismus im Kampfsport

Seit einigen Jahren boomen in Europa rechtsextreme Kampfsportevents. Über eine Ideologie der Gewalt, aktuelle Entwicklungen und Gegenstrategien.

Ostritz, Deutschland am 13. Oktober 2018. In der Kleinstadt an der deutsch-polnischen Grenze treffen sich rund 650 Neonazis zum „Kampf der Nibelungen“ (KdN), einem rechtsextremen Kampfsport-Event. Gekämpft wird in den Disziplinen Boxen, Kickboxen und MMA (Mixed Martial Arts). Unter den Kämpfer_innen und Besucher_innen sind Rechtsextreme aus dem gesamten deutschen Bundesgebiet, sowie aus dem europäischen Ausland. Auch aus Österreich. Seit einigen Jahren scheint die Anzahl solcher Veranstaltungen zu expodieren. Sie werden von einem Netzwerk organisiert, das Kampfsport nicht nur als Rekrutierungsfeld, sondern auch als äußerst ertragreichen Markt für sich entdeckt hat.

So falsch es wäre, Kampfsportler_innen per se eine Nähe zu rechtem Gedankengut zu unterstellen, so wenig lässt sich eine Affinität von Neonazis zu solchen Sportarten leugnen. Das Interesse von Neonazis für Vollkontaktsportarten ist ebenso wenig Zufall wie die Tatsache, dass entsprechende Veranstaltungen lange Zeit mit einem ernsthaften Imageproblem zu kämpfen hatten. Als der Sport um die Jahrtausendwende und unter dem Label „Freefight“ den deutschsprachigen Raum erreichte, zogen die Veranstaltungen zu großen Teilen auch Hooligans, Türsteher_innen und Kriminelle an. Und eben Rechtsextreme. Oder wie es Jesse-Björn Buckler, deutscher MMA-Pionier und Mitarbeiter der linken Wochenzeitschrift Jungle World, es formuliert: „Generell kann man sagen, dass Vollkontaktsportarten besonders attraktiv für Menschen sind, in deren Alltag Gewalt und körperliches Durchsetzungsvermögen eine wichtige Rolle spielt.“ Warum sich Kampfsport gerade unter rechtsextremen Männern so großer Beliebtheit erfreut, lässt sich demnach direkt aus deren Ideologie ableiten. Ihr Weltbild basiert auf Ungleichheit, Sozialdarwinismus und einem antiquierten Männlichkeitsbild. Gewalt gilt als willkommenes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele, Lösung von Konflikten und hierarchischen Ordnung einer elitären Gesellschaft. Von Seiten der Rechtsextremen macht man keinen gro-

ßen Hehl aus den eigenen Absichten. Kampfsport dient als Mittel zum Zwecke und dieser Zweck ist der militante Kampf gegen politische Feindbilder.

NATIONALSOZIALISMUS UND KAMPFSPORT.

Eine Affinität für Kampfsport ist in rechtsextremen Kreisen dementsprechend kein neues Phänomen. Bereits in der Weimarer Republik betonten NS-Funktionäre die Wichtigkeit der waffenlosen Selbstverteidigung. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und den damit verbundenen Auflagen des Friedensvertrags von Versailles, fühlte man sich entwaffnet und propagierte deshalb die Vorzüge von Kampfsportarten wie dem Boxen oder dem japanischen Jiu Jitsu. Diese Kampfsportarten wurden sogar von Hitler höchstpersönlich gelobt. In „Mein Kampf“ war zu lesen, sie wären ihm bei der Ausbildung der Sturmabteilung (SA) als „wichtiger erschienen als irgendeine schlechte, weil doch nur halbe Schießausbildung“. Kampfsportarten wie das japanische Jiu Jitsu galten zwar einerseits als „artfremd“, andererseits war die Faszination für die

Samurai und ihre Kampfkunst aber nicht zuletzt in den Reihen der Waffen-SS sehr groß. In den Schulen wurde Kampfsport zum Pflichtprogramm und sollte vor allem der vor-militärischen Erziehung dienen.

Auch Österreichs Vizekanzler Heinz-Christian Strache hat einen ganz persönlichen Bezug zum Thema Kampfsport. Es war laut Recherchen der Süddeutschen Zeitung ein Freund aus einem Kung-Fu Kurs, der ihn Mitte der 1980er-Jahre erstmals zur rechtsextremen Pennalen Burschenschaft Vandalia mitnahm.¹ Später beteiligt sich Strache an Wehrsportübungen des Neonazis Gottfried Küssel. Ein Video, in dem sich Küssel bei einer seiner Vorführungen zum Thema „Nahkampf“ reichlich blamiert, geistert heute noch durchs Internet. In Deutschland sorgten in den 1990er-Jahren die Verstrickungen einzelner Kampfsportschulen mit dem rechtsextremen Milieu für Aufsehen. So waren es im deutschen Solingen beispielsweise Mitglieder der „Hak Pao Schule“, die im Mai 1993 ein von Migrant_innen bewohntes Haus anzündeten und dabei fünf Bewohner_innen ermordeten. Zu Beginn der 2000er-Jahre waren es Neonazis vom norddeutschen „Athletik Klub Ultra“ (AKU), die zu den Pionieren der „Freefight“-Szene gehörten. Sie übernahmen die Schulung von NPD-Ordner und veranstalteten Rechtsrockkonzerte in den Vereinsräumlichkeiten.

PROBLEMFALL OSTDEUTSCHLAND. Seit etwas mehr als zehn Jahren lässt sich im deutschsprachigen Raum eine Professionalisierung des Sports beobachten. Damit geht oft der Versuch einher, diesen von seinem negativen Image zu befreien. So kommt es mittlerweile durchaus vor, dass Veranstalter_innen das Tragen von rechtsextremen Bekleidungsmarken und einschlägigen Symbolen verbieten. Teilweise werden Kämpfer_innen und Vereine von Events ausgeschlossen, wenn Verstrickungen in rechtsextreme Kreise bekannt werden. Am eigenen Leib erfahren musste das auch der Leipziger Neonazi und Hooligan Benjamin Brinsa,



Logo der antifaschistischen Initiative „Runter von der Matte“.



Foto: Senior Master Sgt. David H. Lipp/Released

Mitglied der (mittlerweile aufgelösten) rechtsextremen Hooligan-Gruppe „Scenario Lok“. Ihm wurde ein Vertrag mit der UFC (Ultimate Fighting Championship) gekündigt, nachdem diese auf sein rechtsextrêmes Weltbild aufmerksam gemacht wurde. Unter dem Namen „Imperium“ organisiert er seit einigen Jahren Kampfsportveranstaltungen und leitet einen gleichnamigen Sportclub. Eine kurze Recherche reicht, um sich der extrem rechten Schlagseite dieses Clubs zu vergewissern.

Andere Vereine aus Ostdeutschland schaffen es ebenfalls immer wieder in die Schlagzeilen. So sorgte etwa der Verein „La Familia“ aus Halle regelmäßig mit Verbindungen zur Neonazi-Szene für Aufsehen. Dass solche Fälle im deutschsprachigen Raum vor allem in Ostdeutschland immer wieder für Aufsehen sorgen, ist für Jesse-Björn Buckler kein Zufall: „In bestimmten Gegenden, speziell im Osten, hat sich nun noch ein besonderes soziales Milieu herausgebildet, in dem eine rechte Hegemonie existiert und eine weitgehende Akzeptanz solcher Positionen vorhanden ist. Das ist allerdings kein sportspezifisches Problem, schon gar kein MMA-spezifisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches.“

RECHTSEXTREME PARALLELSTRUKTUREN.

Die angesprochene Professionalisierung vieler Kampfsport-Veranstaltungen ist wohl auch ein Grund dafür, dass sich Rechtsextreme zunehmend um den Aufbau eigener Strukturen bemühen. In den letzten Jahren wurden von Seiten der Neonazi-Szene vermehrt eigene Veranstaltungen organisiert, bei denen Neonazis unter Ausschluss der Öffentlichkeit und vor einem entsprechend einschlägigen Publikum gegeneinander antreten. Ihren Ausgang nahmen diese Veranstaltungen in Osteuropa, wo der Neonazi Denis Nikitin 2011 die ersten Events dieser Art organisierte. Diese verzeichneten schnell ansteigende Besucher_innenzahlen und so trat Nikitin mit seinem Bekleidungslabel „White Rex“ bald als (Mit-)Veranstalter ähnlicher Events in ganz Europa auf. Ob mit der neofaschistischen Partei

Casa Pound in Italien, dem Rechtsrocknetzwerk „Blood and Honour“ in Frankreich oder mit Teilen der Hammerskins in Deutschland, unter Mitwirkung Nikitins entstand eine ganze Reihe von rechtsextremen Kampfsport-Veranstaltungen. Events wie der „Kampf der Nibelungen“ (KdN) in Deutschland ziehen mittlerweile Besucher_innenzahlen im hohen dreistelligen Bereich an. Neben Nikitins Haus- und Hoflabel „White Rex“ werben auf solchen Events einschlägige Bekleidungsmarken wie „Greifvogel Wear“, „Black Legion“ oder „Pride France“. Die aus dem Verkauf solcher Bekleidungsmarken lukrierten Einnahmen fließen in den Aufbau rechtsextremer Strukturen sowie die Unterstützung bestimmter Veranstaltungen und Kämpfer_innen. Allerdings dürften sich einige der „Kamerad_innen“ damit auch schlicht eine goldene Nase verdienen.

SZENE IN ÖSTERREICH: Auch Mitglieder der neofaschistischen „Identitären“ stehen mit diesen Netzwerken in Verbindung. So trainierten etwa im Jahr 2014 Kader der selbsternannten Bewegung – unter ihnen Martin Sellner – in einem Boxclub in Zwickau, dessen Trainer und Mitglieder bereits mehrfach beim KdN auftraten. Ein anderer Kader der „Identitären“, Alexander Klein (alias Alex Malenki), trainiert in Benjamin Brinsas „Imperium Fight Team“. Auf diversen „Sommerlagern“ der Neofaschist_innen werden ebenso Kampfsport-Einheiten angeboten wie in Wien.

In Österreich trat die Szene bisher noch nicht mit eigenen Veranstaltungen in Erscheinung. Dennoch scheint man international vernetzt zu sein. Unter dem Namen „Noricum“ trat beim KdN im April 2018 auch eine Gruppe von Neonazis aus Österreich auf. Als Kämpfer trat für das Team ein gewisser Roman B. an, welcher bis 2016 auch drei Profi-Kämpfe im MMA-Bereich absolvierte. Nicht sehr erfolgreich übrigens, denn er verlor alle drei. Begleitet wurde er von rund einem halben Dutzend Neonazis, die sowohl Verbindungen zur rechtsextremen Hooliganszene Wiens, als auch den „Identitären“ aufweisen. Zumindest eine der Personen stand wegen des

Überfalls auf das Ernst-Kirchwegger-Haus im Oktober 2013 vor Gericht. Beim KdN im Oktober 2018 war auch der Rechtsextremist und Küssel-Vertraute Thomas C.-K. zu Besuch. Seine Anwesenheit als Security beim Untersuchungsausschuss zur BVT-Affäre im österreichischen Parlament sorgte im November für einen handfesten Skandal.

RUNTER VON DER MATTE! Eine Affinität von (Neo-)Nazis für Kampfsport lässt sich ebenso wenig wegdiskutieren wie eine zunehmende Professionalisierung einschlägiger Strukturen. Es gilt die Szene im Auge zu behalten und Veranstalter_innen, Vereine und Sportler_innen auf rechtsextreme Umtriebe aufmerksam zu machen. Ein Projekt, das sich genau dies zur Aufgabe gemacht hat, ist die antifaschistische Initiative „Runter von der Matte – Kein Handshake mit Nazis“². Die Initiative beobachtet, recherchiert und informiert über rechtsextreme Kampfsportevents, einschlägige Bekleidungslabels und die Netzwerken im Hintergrund.

Erschwert werden diese Bemühungen oft durch die verhängnisvolle Vorstellung, politische Überzeugungen wären eine reine Privatangelegenheit, selbst wenn sie noch so menschenfeindlich sind. Sport ist niemals unpolitisch, schon gar nicht allerdings, wenn Rechtsextreme ihn instrumentalisieren, um sich für den Kampf auf der Straße vorzubereiten. Ihr Interesse gilt nicht dem sportlich fairen Wettkampf, sondern dem Zelebrieren von Gewalt. Gewalt, die sich gegen Migrant_innen, Juden und Jüdinnen, politische Gegner_innen und andere Feindbilder richtet. Es gilt daher auch im Kampfsport für ein Klima des Respekts einzustehen. Für jede und jeden, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Glaube oder sexueller Orientierung.

Nikolaus Hirschl studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

1. <https://gfx.sueddeutsche.de/apps/e563408/www/>
2. <https://runtervondermatte.noblogs.org/>

No More Bullshit

- das Handbuch zum Killerphrasen killen

Viele von uns kennen Situationen, in denen man sich später wünscht, besser etwas gesagt zu haben: Von „Frauen wollen ja gar nicht in Führungspositionen“ bis hin zu „Qualität statt Quote!“, hört man diese Stammtischweisheiten bei Familienfeiern, auf der Uni oder in Online-Foren von Tageszeitungen. Oft fallen einem erst im Nachhinein schlagfertige Antworten ein. Aber was steckt dahinter? Und wie kann man am besten darauf reagieren?

Unser Buch „No More Bullshit!“ hilft dabei, gezielt und schnell Informationen zu gängigen Stereotypen zu finden und mittels faktenbasierten Argumenten eine Gegenantwort zu liefern. Dabei erfüllt es zwei Zwecke: Einerseits dient es als Einstiegslektüre, wenn man sich zum ersten Mal mit Feminismus befassen möchte. Andererseits kann es als Nachschlagewerk dienen, um gut vorbereitet zu kontern.

Ursprung des Buches war unsere Veranstaltungsreihe „No More Bullshit!“, die im Herbst 2017 ins Leben gerufen wurde. In unterschiedlichen Eventformaten, wie beispielsweise Podiumsdiskussionen, Workshops und Impulsvorträgen, wurden Geschlechterklischees mithilfe von Fakten oder ironischen Interventionen gemeinsam mit Künstler_innen und Expert_innen aus verschiedenen Bereichen dekonstruiert. Das Ergebnis der Eventreihe findet sich nun in kompakten 176 Seiten wieder. Das „No More Bullshit!“-Handbuch liefert einen Leitfaden, um bei der nächsten Familienfeier, Party oder Pause gekonnt Wissen einzusetzen.

BULLSHIT ENTLARVEN UND ENTKRÄFTEN. Das Buch besteht aus zwei Teilen: Entlarven und Entkräften. Im ersten Teil geht es darum, Bullshit zu erkennen und eine passende Reaktion zu finden. Die ersten vier Kapitel zeigen aus verschiedenen Perspektiven, wie Stammtischargumente funktionieren, welche rhetorischen Tricks es gibt und wann es sich überhaupt auszahlt, in die Arena zu steigen. Beispielsweise argumentiert Melinda Tamas im Kapitel „Bullshit identifiziert: Wie und wann kontern?“, dass es in erster Linie darum geht, Bullshit nicht gelten zu lassen. Das bedeutet, dass ein einfaches Nachfragen schon reichen kann, solange man sich damit selbst nicht in unmittelbare Gefahr begibt und in dem Moment genug Mut hat. Als Beispiel nennt sie Behauptungen, dass Frauen, die Kopftuch tragen, unterdrückt würden. Hier könnte man nachfragen, woher diese Info kommt, ob es eine kopftuchtragende Frau erzählt hat und ob das Gegenüber mehr dazu sagen kann. Denn wie Melinda Tamas erklärt, sind manche Aussagen nur dahingesagt und wenig reflektiert. Dafür bedarf es aber auch einer Offenheit für eine mögliche Unterhaltung zu dem Thema, schreibt sie.

Der zweite Teil, das Entkräften, liefert konkrete Argumentationshilfen zu insgesamt 15 Bullshit-Phrasen mittels Wissenschaft, Statistiken und Humor. Die Expert_innen, unter ihnen die Rapperin und Wissenschaftlerin Lady Bitch Ray, die Künstlerin Stefanie Sargnagel, die Soziologin Laura Wiesböck und der Männlichkeitsforscher Christoph May, zerlegen dabei fein säuberlich und einfach nach-

vollziehbar die gängigsten Weiblichkeitsmythen und Stammtischparolen. Dabei werden Phrasen wie „Verstehest du keinen Spaß?“, „Du bist ja hysterisch“, „Ich bin für Humanismus, nicht Feminismus“ oder „Sei nicht so sensibel“ widerlegt und Entgegnungen geliefert, um bei der nächsten Diskussion gewappnet zu sein. Dabei werden gängige Situationen aufgezählt, in denen auf Stereotype und Weiblichkeitsmythen zugegriffen werden und so die komplexe Realität sehr vereinfacht und unzureichend beschrieben. Solche Momente geschehen meist schnell, unbedacht und man ärgert sich über die mangelnde oder gar zu späte Reaktion. Mittels Fakten werden diese Situationen enttarnt und geeignete Mittel in Form von Wissen und Schmäh eingesetzt. Aber auch das Thema Männlichkeit und die damit verbundenen Stereotype sind Thema im Buch: Christoph May erklärt hierbei, wieso Sensibilität für alle Geschlechter wichtig und in Ordnung ist.

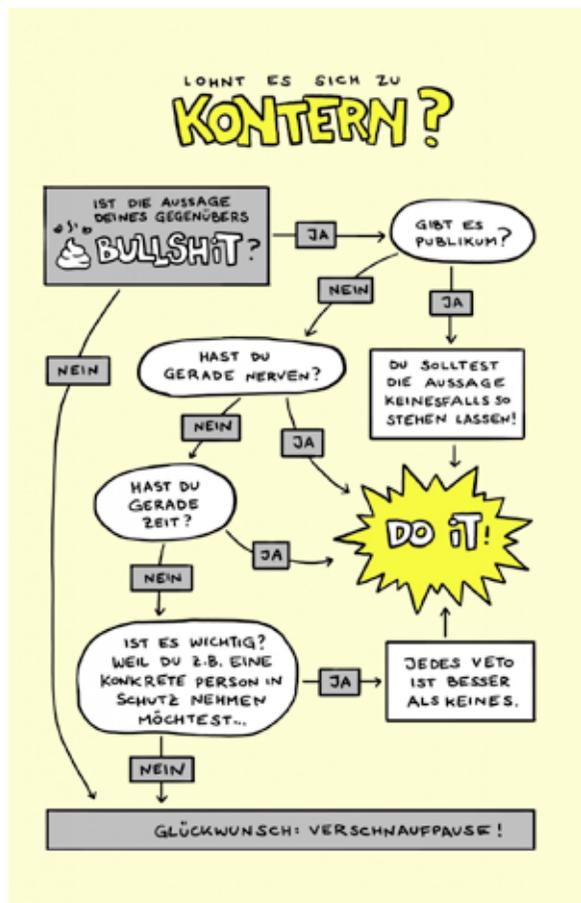
Das „No More Bullshit!“-Handbuch dient hierbei nicht nur als Argumentationshilfe: Mit dem kompakten Buch in der Hand hat man auch eine kurze Einleitung in den Feminismus des 21. Jahrhunderts für Österreich, Deutschland und die Schweiz. Es kann als Einstieg für jüngere (Geschwister oder Mitstudierende) und ältere Generationen (Eltern, Verwandte oder Kolleg_innen) in die Kunst der Geschlechtergerechtigkeit, ohne Anspruch auf moralische Überheblichkeit, dienen. Die Autor_innen erklären den Begriff und die Bedeutung von Solidarität, wieso Fakten in den Diskussionen verdreht werden und wie man am besten

in unangenehmen Situationen reagieren kann, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Das „No More Bullshit“-Handbuch dient somit hervorragend als nächstes Geburtstags- beziehungsweise Feiertagsgeschenk.

“DER PAY GAP IST EIN MYTHOS!”

Ein klassischer Bullshit, den man on- und offline antrifft, ist „Der Pay Gap ist ein Mythos“. Gemeinsam mit der Ökonomin Katharina Mader habe ich mich diesem Bullshit-Argument angenommen und eine Argumentationsgrundlage dagegen entwickelt. Schlaumeiernde Kommentatoren behaupten in ihrer Kritik oft, dass die europäische Statistikbehörde Äpfel und Birnen vergleichen würde und damit einen Pay Gap berechnen, der nicht existieren könne. Im Buch gehen wir auf dieses Thema genauer ein, aber hier eine kurze Übersicht, wie ihr mit dieser Killerphrase umgehen könnt.

Grundsätzlich wird zwischen dem bereinigten und dem unbereinigten Pay Gap unterschieden. Der bereinigte Pay Gap wird um Faktoren wie Branche, Alter und Ausbildung korrigiert. Es geht sogar soweit, dass man statistische Zwillinge heranziehen kann, die sich ausschließlich in ihrem Geschlecht unterscheiden. Dabei wird beispielsweise der Verdienst einer Abteilungsleiterin mit Studium und 15 Dienstjahren, die Vollzeit arbeitet, verglichen mit ihrem Kollegen, der die gleiche Qualifizierung hat und unter gleichen Bedingungen in derselben Branche arbeitet. In der Realität gibt es diese statistischen Zwillinge zwar selten – doch selbst bei dieser Berech-



nung bleibt ein Rest an Lohnlücke, die je nach Berechnungsmethode immer noch mehrere Prozent ausmacht. Dieser Rest lässt sich nur mehr durch Geschlechterdiskriminierung erklären, alle anderen denkbaren Faktoren wurden ausgemerzt. Das bedeutet als, dass Frauen – unabhängig von der Berechnungsart – weniger verdienen als Männer.

Gründe für die Lohnschere sind vielfältig: Zum einen hat es mit der Überrepräsentanz von Frauen in schlechter bezahlten Jobs zu tun, zum anderen aber auch mit der Verteilung von unbezahlter Arbeit in Haushalten. Unter unbezahlter Arbeit definiert die Statistikbehörde jede Arbeit, die durch eine dritte Person bezahlt verrichtet werden könnte. Beispielsweise das Putzen der Wohnung, die Pflege von Angehörigen oder die Betreuung von Kindern. Diese unbezahlte Arbeit wird mehrheitlich von Frauen erledigt, was sich negativ auf ihre Chancen am Arbeitsmarkt auswirkt. Denn: Wer sich um die Familie kümmert, hat weniger Zeit für Lohnarbeit. Das zeigt auch die Umfrage der europäischen Statistikbehörde zum Thema Teilzeit. Die Antworten aus Österreich und Deutschland sind eindeutig: Frauen arbeiten Teilzeit, da sie Pflegeverpflichtungen haben oder Betreuungs-

arbeit leisten, Männer hingegen, weil sie sich (weiter-)bilden und somit ihre Position am Arbeitsmarkt langfristig verbessern.

Welche Berechnungsart ist nun die „Richtige“? Alle genannten Zahlen haben ihre Berechtigung, sie basieren allerdings auf unterschiedlichen Blickwinkeln und zeigen unterschiedliche Lebensrealitäten auf. Aber: Nur, weil sich Pay Gaps um diverse Faktoren bereinigen, also zu einem Teil erklären lassen, werden sie nicht gerechter.

AUFSCHLAGEN, NACHSCHLAGEN, ZURÜCKSCHLAGEN.

Bullshit-Phrasen finden sich überall, beispielsweise am Stammtisch, in Online-Foren, beim Familienfest oder

auf der Uni, und basieren oft auf nicht wissenschaftlichen Grundlagen. Dieses Buch zeigt, weshalb es wichtig sein kann, Einspruch zu erheben und sogar nachzuhaken, um schließlich mit Fakten aufzuklären.

Solidarität bedarf auch (Selbst-)Reflektion und durch das aktive und kritische Auseinandersetzen mit Stammtischweisheiten trägt man dazu bei. „No More Bullshit“ bedeutet also auch, keinen Raum für Halb- und Unwahrheiten zuzulassen. Denn: Wir können täglich Solidarität mit anderen besser leben, wenn wir Argumente zum Bullshit entkräften haben.

Ein Auszug aus dem Kapitel „Achtung, Bitch Fight!“ von Sandra Nigischer und Martina Schögl zeigt, wie

Solidarität (vor allem unter Frauen*) gehen kann:

- Sei anderen Frauen* eine Fürsprecherin, auch in deren Abwesenheit!
- Hilf Jüngeren, Spielregeln im Job oder auf der Uni schneller zu durchschauen!
- Feiere Kolleginnen*, wenn sie erfolgreich sind!
- Erzähle Mädchen*, dass sie nicht dünn, schön und nett sein müssen, um geliebt zu werden, wichtiger sind Macht, Intelligenz und Autonomie!
- Lege dein Veto bei sexistischen Phrasen auf der Uni, in der Familie und auf Social Media ein!

Solidarität, Fakten und Schmä – das Buch richtet sich vor allem an Menschen, die einen kompakten Überblick zu feministischen Themen und einen Leitfaden für die Argumentation suchen. Mit passenden (und gut auf Social Media teilbaren) Illustrationen von Lana Lauren macht es gleich noch mehr Spaß im Handbuch zu blättern. No More Bullshit: Solidarität statt Schmästadt!

Erza Aruqaj ist Obfrau von Sorority.

Über Sorority

Sorority ist ein Verein zur branchenübergreifenden Vernetzung von Frauen* in Österreich. Derzeit zählt der 2014 gegründete Verein über 600 ordentliche Mitglieder (Frauen* only) und fast 4000 UnterstützerInnen. Vernetzung bedeutet bei uns, dass wir unabhängig vom Bildungsabschluss, der Studienrichtung, der Herkunft und des Alters Plattformen für die Vernetzung von Frauen* bieten. Dazu zählen regelmäßige Mitgliederversammlungen, Workshops und Lesezirkel (Frauen* only), aber auch Diskussionsabende und Kulturevents (alle willkommen). Aktuelle Infos dazu findet man auf unserer Website. Mit der Eventreihe „No More Bullshit!“ und dem dazugehörigen Sammelband gehen wir einen Schritt weiter und sprechen uns für einen weiteren Begriff der Solidarität aus.

Auf (da) Wiesn.

Wie ist die Arbeit mit CBD? Was hält die Tabakindustrie davon und warum wünschen es sich die Trafikant_innen so sehr? Ein Einblick in die heimische Cannabis-Szene.

Auf einmal stand ihr Bruder vor ihr und sagte: „In Wien kann man Gras legal verkaufen!“ Als Botanikerin und standesgemäß leidenschaftliche Kifferin hatte Mary keine Ahnung davon, was ihr Bruder meinte. Wann hat Österreich Gras legalisiert? War das ein letztes Geschenk Christian Kerns an die Linken bevor er Basti Kurz den Kanzlersessel misstrauisch übergab? Oder steckte doch Michi Häupl dahinter? Nein, beides nicht. Mary sagt selbst, 0815-Kiffer_innen – sie zählt sich zu ihnen – kannten das Wort CBD nicht. Doch seitdem die Shops aufpoppen und Wiesn light verkaufen, macht’s die Runde.

Ein Jahr später schneidet Mary mit ihrem Wissen Stecklinge und optimiert Weed in Hallen so, dass es nicht in die Verbotszone fällt. Es ist, als hätte sie ihr ganzes Leben auf diesen Beruf gewartet. Mary erzählt von der Matura, bei der ihre Spezialfrage psychoaktive Pflanzen waren. Da hatte sie noch nie in ihrem Leben einen Joint geraucht. Generell seien die Leute, die in CBD-Shops arbeiten öfters Quereinsteiger, die gern buffen.

Dass solche Leute nun in Shops legal Cannabidiol (CBD) verkaufen, ist eigentlich der EU zu verdanken. Danke EU! Sogenannter EU-Hanf darf nämlich als solcher angebaut werden, sofern er weniger als 0,3 Prozent THC im trockenen Zustand enthält. Bei Cannabis, das am Schwarzmarkt als voll geil eingestuft wird, seien so 19 bis 23 Prozent THC enthalten, CBD relativ niedrig, meint Mary. Aus medizinischer Sicht führt diese Stärke oft zu Psychosen, die durchaus therapiert werden müssen. CBD ist der Gegenspieler zum THC. Es soll anti-psychoaktiv wirken, auch soll es Leuten helfen, von der Sucht wegzukommen.

Während Hanf, der draußen angebaut wird, automatisch und von selbst entscheidet, wann er zu blühen beginnt, kann das Mary indoor steuern, wenn sie selbst den Tag-Nachtrhythmus wählt. Sie zieht EU-Hanf samen und kreuzt sie, doch es ist gar nicht so einfach, den THC-Wert unter 0,3 Prozent

zu bekommen. In Vortests wird versucht durch Dünnschichtchromatographie das Verhältnis zwischen THC und CBD herauszulesen – die infrage kommenden Pflanzen werden an ein Labor geschickt, das genauere Untersuchungen durchführt – aber für eine Pflanze kostet das zwischen 40 und 120 Euro. Herumpfuschen sollte Mary also nicht. Wenn die Werte stimmen, macht man aus der Mutterpflanze Stecklinge und stellt sie in großer Menge her.

GENUSSMITTEL ODER HOMÖOPATHIE? Bei Mary daheim herrsche Begeisterung. Ihrer Mama hat’s geholfen – sie hatte nach einer Gürtelrose chronische Schmerzen, jetzt seien sie weg. CBD-Öl hätte total geholfen, es wirke am besten auf der Haut, denn da seien die meisten Rezeptoren. Auch psychisch soll CBD helfen. Eine Freundin erzählt, es helfe ihr bei Angstattacken oder auch, wenn sie in Menschenmassen unterwegs sei – es beruhige. Marys Arbeitgeber bekommt oftmals Rückmeldungen von Krebs-Patienten, denen gesagt wurde, dass ihnen nichts mehr helfe. Dank CBD könnten sie wieder essen und schlafen. Die Frage nach Homöopathie beantwortet Mary so, dass dubiose Heiler_innen oder Homöopath_innen Versprechungen machen würden, die sie nicht einhalten können. CBD sei anders.

Viele der CBD-Shops hätten etwas Versifftes - wo man sich unwohl fühlt, weil es doch einen illegalen Touch hätte, sagt Mary. Schöner wäre es, wenn solche Geschäfte nicht gleichzeitig Bongs verkaufen würden neben den CBD-Produkten. Ein Gramm CBD-Blüten kostet ungefähr zehn Euro – der Preis entspricht also ganz jenem seines illegalen Bruders mit mehr THC. Auf CBD-Produkte entfällt zwanzig Prozent Mehrwertsteuer und zehn, wenn es Tee ist. Ungefähr siebzig Prozent des Umsatzes seien aber Buds – also die werden schon geraucht.

„THANK YOU FOR SMOKING“ Szenenwechsel. In Alpbach brennt die Sonne vom Himmel, ein Getümmel an Business-Outfits belagert das Tiroler

Bergdorf. Das European Forum Alpbach neigt sich dem Ende zu, es ist einer der letzten Tage für die ausgelaugten Stipendiat_innen – für die meisten Wirtschaftler_innen ist es ein kurzes Vergnügen. Sie kommen nur auf wenige Tage, um hier Gesprächen zu lauschen oder zu networken. Hannah Friedl besucht in der Früh eine Session – Republic of fake news. Es geht um die Widerstandsfähigkeit von Unternehmen bei Manipulation durch Lügen im Netz. Eines der Beispiele: Am Image der Caritas sei immer noch hingengeblieben, dass sie Smartphones an Flüchtlinge verteilt haben soll. Was sie nicht hat. Gute Lügen sind hartnäckig.

Die Produkte, die Friedls Arbeitgeber herstellt, dürfte sie nicht gratis verteilen. Es ist verboten. Selbst Werbung machen ist äußerst eingeschränkt. Hannah Friedl arbeitet in der PR für Imperial Tobacco – auf schön: Corporate Affairs Managerin. Sie ist für die Unternehmenskommunikation nach außen zuständig, Imperial Tobacco ist das viertgrößte Tabakunternehmen der Welt, Nummer 3 in Österreich. Bei Vorstellungsrunden –in Alpbach täglich Brot – wird’s oft etwas komisch. Man darf sich ihren Job nicht vorstellen wie im Film „Thank you for smoking“, wo die Tabaklobbyisten mit dem Geldkoffer herumlaufen. Ihr geht es darum, die rechtlichen Rahmenbedingungen nach wie vor so zu umzusetzen, dass es einen Wettbewerb geben kann – es ginge aber nicht darum, dafür zu lobbyieren, dass mehr Leute rauchen.

Das sieht man. Die Bildsprache der Imperial Tobacco Austria-Homepage versucht nicht wirklich darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um ein Unternehmen handelt, das von Raucher_innen lebt. Wer nicht weiß, wie eine Tabakpflanze in allen Varianten außer verbrannt aussieht, möge sich deren Homepage ansehen. Sie dürften ihre Produkte auch nicht im Internet abbilden – einzig die Teer/Nikotin/Kondensat-Werte seien zu finden, seitdem sie nicht mehr auf die Verpackung dürfen. „In und an der Trafik – da wo sich der Konsument eindeckt



Illustration: Svenja Krisel

– da können wir Werbung machen.“ Das Produkt, das beworben wird, ist ja nach wie vor legal. Beim CBD – auch legal, aber nicht dem Tabak-, & Nicht-raucher_innenschutzgesetz untergeordnet – gibt’s solche Einschränkungen bei der Werbung nicht. Daher zielt CBD Plakatwände und wird auf Social Media beworben.

Ob sich Imperial Tobacco Austria auch auf den CBD-Markt einkaufen will? „Es ist verwandt mit dem Rauchen – aber grundsätzlich ist es keine Nische, in der wir jetzt nähere Absichten hätten, einzusteigen. Unser Markt ist der Tabakmarkt - oder wenn man das in der Zukunft sagen möchte –der Nikotinmarkt an sich.“ Und das wäre dann nichts, was sich mit CBD überschneiden würde, so Friedl.

CBD- STATT HASCH-TRAFIK? Nun sind es vielleicht nicht die Tabakkonzerne, die gern vom Hanf-Biz mitprofitieren würden, sondern die Trafiken selbst. In einer von der Trafikant_innenzeitung publizierten Umfrage unter 338 Trafikant_innen erwarten mehr als die Hälfte der Befragten „die schönsten Zuwächse“ durch legale Hanfprodukte. Weit abgeschlagen bei 20 Prozent folgen Tabakprodukte, bei 16 Prozent Nikotinprodukte wie E-Zigarette und Lutschsäckchen. Die Trafikant_innenzeitung schreibt oft zu diesem Thema, ärgert sich regelrecht darüber, dass noch keine CBD-Produkte in den Trafiken verkauft werden dürfen – so auch der Bundesgremialobmann der Tabaktrafikant_innen, der gesetzlichen Interessensvertretung, Josef Prirschl: „Sämtliche Blüten, die zum Rauchen geeignet sind und legal sind, gehören eigentlich exklusiv in die Trafik und das Tabakmono-

polgesetz bildet das eigentlich schon ab.“ Der Unmut unter seinen Kolleg_innen sei sehr groß – CBD-Shops würden Blüten als Aroma-Produkt verkaufen – „es sei nicht zum Rauchen geeignet, obwohl wir alle wissen, wie’s in Wirklichkeit benutzt wird“, so Prirschl.

Dem Trafikant_innenvertreter zufolge wäre der richtige Weg, CBD-Produkte als Rauchtabak beim Finanzministerium anzumelden. Sie bekämen eine Zulassung und wären damit automatisch Rauchwaren, die dem Monopol unterliegen. Eine zweite Variante wäre eine Genehmigung für den Nebenartikelkatalog, wie etwa seit Kurzem Kaffee oder Energydrinks – doch Prirschl bevorzugte Variante A.

Den Kampf, ein solches Monopol bei E-Zigaretten zu bekommen, haben die Trafiken verloren, da der Verfassungsgerichtshof ein Gesetz aufgehoben hat, das den Trafiken die Exklusivität über elektronische Tschick gewährt hätte. Die Wollust der Trafikant_innen gegenüber dem CBD hat klar wirtschaftliche Interessen. Der Umsatz der Trafiken steigt zwar, aber die gehandelte Ware wird weniger. Es sei ein steuergetriebener Zuwachs – so Prirschl: „Die Einnahmequelle über Zeitschriften ist stark sinkend, Glücksspiel ist auch irgendwann ausgereizt. Also – was sind unsere Perspektiven für die Zukunft?“

Ist CBD die Zukunft? Die Trafikant_innenzeitung tut so, als ob. Sie schreibt auch, dass es in der Wirtschaftskammer inzwischen eine Interessensvertretung der CBD-Shops gebe. Dort angerufen weiß niemand davon. So kam auch das Gespräch mit Prirschl zustande: „Bei CBD kommen alle Journalisten zu

mir – das sagt es schon alles aus, auch darüber, wo diese Produkte hingehören. In der Wirtschaftskammer gibt es unterschiedliche Einordnungen der CBD-Shops, einen Sprecher kenne ich bis dato nicht – aber ich weiß, dass sich die Sparte Handel mit dem Thema beschäftigt.“

ERFAHRUNGSWERTE. Während sich hierzulande von offizieller Seite recht wenig tut – wird das CBD-Schlupfloch geschlossen, obwohl das Produkt eher harmlos ist – kippen viele Staaten das Verbot überhaupt. In der Nacht nach der Legalisierung von Cannabis in Kanada, schreibt mir meine Cousine, dass sie sich darüber ärgert. Ganz einfacher Grund – obwohl es bundesweit jetzt ab 18 Weed gibt, ist ihre Heimatprovinz Ontario restriktiver – da kann man seit Mitte Oktober ab dem Alter von 19 in Dispensaries (meist eigene Weed-Apotheken) legal Cannabis kaufen. Die Dispensaries gebe es schon länger und sie hätte sich, seitdem die Legalisierungs-Bewegung vor zwei Jahren an Zulauf gewann, immer problemlos Gras besorgen können – aber nicht über Dealer_innen, sondern über Dispensaries oder Freund_innen. Jetzt, wo Cannabis legal ist – sei es unter den Jungen eigentlich kein großer Unterschied zu vorher, gekifft hätten in der Illegalität auch schon alle. Nur die Älteren würden andauernd über die Legalisierung sprechen. Pikantes Detail – Alkohol bekäme man als 18-jährige 10.000 Mal schwerer. Den gibt’s erst ab 21.

Konstantin Vlasich, Autor und Journalist, studiert Internationale Entwicklung.

progress

zu Hause lesen

EINFACH ONLINE



IMMER
AKTUELL

Studentischer Journalismus auf hohem Qualitätsniveau. Wir pflegen einen kritischen, qualitativ-journalistischen und progressiven Zugang zu Bildung, Politik und Kultur. Wir sehen uns den Leitlinien der aktuellen ÖH-Exekutive verpflichtet, sind jedoch in unserer redaktionellen Arbeit nicht weisungsgebunden.

progress-online.at